INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2[50] DM

Nr. 404

16. Januar 1997

Inhalt:

27.12.96

„Niederträchtiger" Anschlag auf Weihnachtsbaum

Auf den Weihnachtsbaum vor dem Roten Rathaus ist offenbar ein Brandanschlag verübt worden. Dabei wurden nach Polizeiangaben Teile der Baumrinde, Äste, Leuchten und Werbeträger in Mitleidenschaft gezogen. Der Täter ist unbekannt. Der Brand war am Dienstag abend von Wachpolizisten entdeckt worden. Sie konnten die Flammen noch vor Eintreffen der Feuerwehr mit Pulverlöschern ersticken. Unter dem Baum wurde eine zerbrochene Flasche entdeckt, in der offenbar eine brennbare Flüssigkeit abgefüllt war. Die Tanne des privaten Rundfunksenders Hundert,6 ist mit Christbaumkugeln geschmückt, die einen Wert von je 2.000 Mark symbolisieren. Das Geld wurde von der Wirtschaft gespendet und soll krebskranken Kindern in der Moskauer Klinik Burdenko zugute kommen. Hundert,6-Geschäftsführer Gafron kritisierte den Anschlag als einen „Akt kaum noch zu überbietender Niedertracht". **ADN**

Orner:

Transporttermin erste Märzwoche?

„Sixpack"-Planung läuft weiterhin

gel **Gorleben.** Im niedersächsischen Innenministerium hält man weiterhin den März für den wahrscheinlichen Monat, in dem der nächste hochradioaktive Atommülltransport nach Gorleben rollen soll. Daß es sich aber konkret um den 4. bis 7. März handeln könnte, wird vom Glogowski-Ressort weder bestätigt noch dementiert. Sehr wohl betont wird, daß man nach wie vor einen sogenannten Sechserpack auf den Weg schicken wolle: eine Bündelung von Castorbehältern mit abgebrannten Brennelementen aus Deutschland und von Behältern mit hochradioaktiven Glaskokillen aus dem französischen La Hague. Ganz offensichtlich sind die Planungen für dieses „Sixpack" noch nicht abgeschlossen.

Angekündigt worden sind von den Atommüllentsorgern für das erste Halbjahr 1997 drei Castortransporte aus dem Kernkraftwerk Neckarwestheim, einer aus dem AKW Gundremmingen sowie drei Transporte mit Glaskokillen aus La Hague. Was sich von diesen Maximalvorstellungen nun bündeln läßt für einen Transport, wird ganz offensichtlich noch geprüft. Bekanntlich sind zwei Castorbehälter in Neckarwestheim sowie einer in Gundremmingen bereits mit abgebrannten Brennelementen bepackt.

Impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda

V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ein Jahr nach dem Brand in Lübeck

Aufruf zur antirassistischen Demonstration:

Ein Jahr nach dem Brandanschlag in Lübeck sitzt der Heimbewohner Safwan Eid immer noch auf der Anklagebank. Die Anklage der Staatsanwaltschaft stützt sich auf einangebliches Geständnis von Safwan, das dieser gegenüber einem Sanitäter gemacht haben soll. Viele Spuren und Aussagen bekräftigen die Version der Verteidigung, wonach das Feuer von außen im hölzernen Vorbau des Hauses gelegt worden ist, was auf die Täterschaft der Grevesmühlener Rechtsradikalen hindeutet, die in unmittelbaren Nähe des brennenden Hauses gesehen worden sind. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen die Grevesmühlener eingestellt. 27. Prozeßtag ist schon vergangen. Die Beweisaufnahme des Verfahrens ist noch nicht abgeschlossen.
Nach den schrecklichen Morden in Mölln und Solingen konnte Deutschland eine noch, stärkere Beschädigung des Ansehens im Ausland nicht mehr riskieren. Außerdem sollte das Gewissen der Nation beruhigt und von „Mitschuld" gereinigt werden. Mit der Verhaftung Safwan Eids konnte die Nation aufatmen. Wir waren es doch nicht!. Die Proteststimmen im In- und Ausland sind damit so gut wie verstumpft.
Es hat sich am rassistischen Konsens nichts geändert. 6 Millionen Menschen unterstehen Sondergesetze: Sie haben immer noch nicht die gleiche Rechte, die deutsche besitzen. Bei Bedarf wird ihr „Gaststatus" betont!. Anspruch auch volle Rechte und Anerkennung hat nur, wer „ Deutschesblut" besitzt. Der vom Staat verordnete und von der Mehrheit der Bevölkerung getragende Rassismus macht das Leben hier für sie immer schwieriger.Obwohl es ihnen unmöglich gemacht wird, auf politische Entscheidungen Einfluß zu nehmen (z.B. kein Wahlrecht), werden sie für soziale Mißstände wie Armut, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht.
Rassistische Angriffe von Rechtsradikalen bilden nur die Spitze des Eisbergs. Wenn diese nicht auf Sympathie bei der breiten Bevölkerung gestoßen wären, hätten sie sich nicht so weit verbreiten können. Deswegen lassen sich organisierte Neonazis und unorganisierte rechte Jugendliche auch als willige Vollstrecker der herrschenden Politik verstehen.
Einige Beispiele für den jüngste rassistischen deutschen Normalzustand:

- Innenminister Kanter: Höhe Ausländerkriminalität gefährdet die innere Sicherheit
- Der Berliner CDU-Politiker Hapels sagte gegenüber der Presse: Der höhe Ausländeranteil in Bezirken wie Kreuzberg,Tiergarten und Wedding ist eine tickende Bombe.
- Neue EU-Vorschläge sehen eine weitere, verschärfte Einschränkung das Arbeitsrecht für Nicht-EU-AusländerInnen vor: Eine Arbeitserlaubnis soll frühstens nach fünf Jahren erteilt werden.
- Eine von der Union gewünschte Gesetzesänderung sieht vor, AusländerInnen bei einfachem Landfriedensbruch ohne gerichtliche Entscheidung abzuschieben.
- Der PDS-Bürgermeister von Hoyerswerda über rassistische Angriffe in der Stadt: „Wenn auf Kreta ein Deutscher verprügelt wird, sind auch nicht alle Griechen ausländerfeindlich"
- Neonazis senden rassistische Programme beim Offenen Kanal Berlin (TV-Germania)
- In Nürnberg feiern sieben Polizisten ihre Betriebsfeier mit Hitlergruß (August`96)
- Vier deutsche Jugendliche in Potsdam verletzten einen kenianischen Asylbewerber schwer (Oktober`96)
- In Trebbin, südlich von Berlin, griffen Rechtsradikale drei italienische Bauarbeiter an.Von den verletzten 50 und 55 Jahre alten Männer mußte einer zweimal operiert werden.
- Zwei Rechtsradikale aus Machlow stehen in Potsdam wegen des Überfalls auf drei britische Bauarbeiter vor Gericht. Einer der Briten ist seit dem Angriff querschnittsgelähmt. (Dezember`96)

Wir haben hier versucht, Beispiele für die „Normalität" des rassistischen Alltags in Deutschland zu geben. Der aktuell bekannteste Fall des Lübecker Brandanschlagprozesses macht die gängige Praxis deutlich, die die eigentlich Betroffenen zu Beschuldigten macht.
Wir werden diesen Zustand nicht hinnehmen und mit allen Mitteln und auf allen Ebenen weiter dagegen kämpfen!.

Den rassistischen Normalzustand brechen!

Demo
18.01.97, Samstag
13.00 Uhr, Hermannplatz

Özgürlük ve Dayanışma Platformu-Berlin (Platform der Freiheit und Solidarität)

ViSdP: Mete Ekşi, Adanauer Platz 92

Aufruf zur Anti-Atom-Demo am 8.2.1997 in Berlin

Castor im Wendland - Demo in Berlin ?

Anlaß für uns, jetzt zu dieser Demonstration aufzurufen, ist neben dem, was Siemens tut und für was Siemens steht, daß wir es für notwendig halten, unseren Kampf gegen den Atomstaat über den Widerstand gegen den Castor im Wendland hinaus auszudehnen. Ziel muß es sein, verstärkt die Wurzeln dieses Systems anzugreifen, dessen DrahtzieherInnen und ProfiteurInnen sich einen Dreck um Menschenleben scheren, wenn es gilt, im großen Spiel um Macht und Geld Vorteile zu erzielen.

Gorleben steht symbolisch für dieses zerstörerische Grundprinzip der HERRschenden Ordnung.

Ins Wendland zu fahren bleibt von daher wichtig und gut - nehmt Euch für Anfang März schon mal frei!

Wir können den Castor stoppen; das wäre schon Klasse. Aber den Atomstaat sind wir damit noch nicht los.



Laufende Genehmigungsverfahren sollen die Lagerung hochradioaktiven Mülls auch in Ahaus und Greifswald ermöglichen, nach Endlagerstätten wird auch in anderen Salzstöcken oder z.B. im Erzgebirge gesucht; selbst ins "ferne Ausland" (Schröder) gehen die Gedanken der HERRschenden schon mal, um sich den sogenannten "Entsorgungsvorsorgenachweis" und damit die Zukunft der Atomwirtschaft zu sichern.

We don't want just a cake...

Die Wurzeln anzugreifen bedeutet auch, nicht nur gegen jene Auswüchse des nuklearen Wahnsinns zu kämpfen, von denen wir in der BRD unmittelbar betroffen sind. Bereits der Uranabbau tötet Menschen und zerstört ihre Lebensgrundlagen und es ist kein Zufall sondern Ausdruck einer rassistischen Grundhaltung, daß diese Menschen - wie auch bei Atomtests - zum Großteil UreinwohnerInnen sind. Die BRD ist (von einigen Restbeständen der stillgelegten Wismut AG abgesehen) gänzlich auf Uran-Importe angewiesen, um ihre AKW am Laufen zu halten. Einstmals unter der Regierung Kiesinger ins Leben gerufene Bergbauunternehmen fördern weltweit; in Afrika, Australien und nicht zuletzt in Kanada. Die RWE-Tochter Uranerzbergbau GmbH forciert zusammen mit der französischen Staatsfirma COGEMA den Uranabbau im Norden der Provinz Saskatchewan, wo 12 neue Minen entstehen sollen, auf Kosten der indigenen Bevölkerung. Auch ein Endlager mit angedachter internationaler Ausrichtung ist in dieser Region in Planung. Es kann nicht Ziel unseres Widerstandes sein, den Atommüll nur von unserer Haustür fernzuhalten und damit neokoloniale Ausbeutung zu dulden.

Es gibt mit uns keine Diskussion über irgendwelche Endlager, solange noch irgendwo Uran aus dem Boden gekratzt wird!

Wir wehren uns gegen eine Großtechnologie, die Ergebnis des blinden Glaubens an die Allmacht des technischen Fortschritts ist; deren Ingenieure und Wissenschaftler, allen Erfahrungen und Forschungsergebnissen zum Trotz, in der Überzeugung handeln, daß sich jedes Problem lösen lassen muß und sich von daher auch für die selbstgemachten, wie den auf Jahrmillionen strahlenden Müll, eine Handhabe finden wird. Ein sehr männlicher Traum...

Kein Vergeben, kein Vergessen !

Es gibt Gründe genug, Siemens zu einem weiteren Symbol unseres Kampfes gegen die HERRschende Ordnung zu machen. Siemens hat sich von Anfang an nicht nur am HERRschenden System orientiert, sondern massiv HERRschaftspolitik betrieben. Negativer Höhepunkt war die Konzernpolitik im Faschismus. Siemens unterstützte die Nazis bereits Anfang der 30er Jahre durch großzügige Spenden und Mitgliedschaft von Vorstandsmitgliedern im "Freundeskreis der NSDAP". So stand Siemens mit Beginn der Hochrüstung 1933/34 in führender Position. Seit dem Frühjahr 1940 mußten jüdische ZwangsarbeiterInnen in den Siemens-Werken schuften, 1942 ließ Siemens beim Frauen-KZ Ravensbrück ein eigenes Werk errichten. 1944 schließlich waren 30% der Belegschaft jüdische und andere ZwangsarbeiterInnen. Die vom Europa- Parlament Anfang 1986 festgestellte moralische und rechtliche Verpflichtung, "Entschädigungs"leistungen zu zahlen, wird vom Bundesverband der deutschen Industrie und Siemens bis heute abgelehnt. Wir fordern, daß Siemens dieser Verpflichtung sofort nachkommt!



Die aktive Rolle von Firmen wie Siemens zu benennen, deren heutige Macht und

Größe zu einem nicht unwesentlichen Teil auf der Vernichtung von Menschen durch Arbeit sowie der Kriegstreiberei im Faschismus beruht, ist keinesfalls Schnee von gestern in einer Zeit, in der GeschichsrevisionistInnen "die Deutschen" zu den eigentlichen Opfern umdeuten und eine breite Öffentlichkeit gerne bereit ist, darauf einzusteigen oder zumindest so zu tut, als sei heute alles ganz anders. Ein kleines Beispiel von Kontinuität aus dem Faschismus ist das in seinen Hauptbestandteilen noch gültige Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1935, auf das sich auch heute noch die Macht der Energiemonopole stützt (Die 8 größten EVU kontrollieren 90% der Stromproduktion und Verteilung).



Business, BRD, Bomben

Auch heute profitiert Siemens nicht nur vom HERRschenden System; sondern gestaltet dieses im eigenen Gewinninteresse.

Siemens ist maßgeblich am Bau des FRM II Reaktors in Garching bei München beteiligt, dem ersten AKW-Neubau in der BRD seit Tschernobyl. Dieser Schritt leitet die Rückkehr zum ethisch unpopulären Volldampf-Atomprogramm ein - und müßte wohl auch noch das letzte Geschwafel von "Energie-Konsens-Gesprächen" zum Schweigen bringen.

Dieser Forschungsreaktor wird mit hochangereichertem Uran (HEU) betrieben und ermöglicht der BRD den Bau von Atomwaffen.

Plutonium lagert schon lange in Hanau und entsteht bei der "Wiederaufarbeitung" stets aufs Neue, Trägersysteme wurden und werden beständig weiterentwickelt und technisches Know-how ist durch Atomforschung und Reaktorbetrieb zur Genüge vorhanden; die Trennung von "ziviler" und militärischer Nutzung ist technisch unmöglich und politisch nichts als Augenwischerei.

Die Bombe rückt in greifbare Nähe, der Atomwaffensperrvertrag läuft 1997 aus. Angesichts der jüngsten abgesegneten Kampfeinsätze der Bundeswehr, dem Drängen der BRD nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat, nach Stärkung der WEU als militärischem Standbein Europas, "Schnellen Eingreiftruppen" usw. wird klar, wohin die Reise geht. Die BRD will auch militärisch wieder Weltmacht werden, sich Rohstoffe und Märkte in aller Welt künftig auf eigene Faust sichern - ob mit WEU oder ohne.

Siemens als Schlüsselfigur des Atomprogramms anzugreifen ist Teil eines Kampfes gegen Militarismus und das imperialistische Großmachtstreben der BRD.

Siemens gehört weltweit zu den größten Lieferanten für Waffenelektronik und ist z.B. zusammen mit der Daimler- Tochter DASA an Entwicklung und Bau der neuen NATO- Flugabwehrakete MEADS beteiligt, die ab dem Jahre 2005 zum Einsatz kommen soll.

Siemens hat seine dreckigen Finger in mehr als 150 Ländern der Erde im Spiel, so auch in Nigeria. Wie Shell kooperiert Siemens mit der HERRschenden Machtclique, mit welchen Folgen ist hinlänglich bekannt. Nach Aussagen des Pressesprechers gehört es zur Firmenpolitik von Siemens, auf Menschenrechte und Ökologie keine Rücksicht zu nehmen.

Siemens baut in China am Drei-Schluchten-Staudamm. Mehr als eine Million Menschen sollen umgesiedelt werden, die Folgen für Umwelt und Klima sind unübersehbar.



Siemens erhofft sich durch die Fertigstellung des slowakischen AKW Mochovce den Einstieg in die Aufrüstung von 40 weiteren maroden Kernkraftwerken in Mittel- und Osteuropa. Mochovce soll für Siemens die Tür zu diesem Markt öffnen. Der Weiterbetrieb dieser Reaktoren wäre damit auf Jahrzehnte hinaus gesichert, ein

Umbau der Energiewirtschaft auf lange Sicht blockiert.
Aber ein solcher Umbau liegt auch ganz und gar nicht im Interesse von Siemens, im Gegenteil setzt der Konzern alles daran, ihn zu verhindern. Als einer der führenden Hersteller von Solarzellen blockiert Siemens z.B. durch Aufkauf von Patenten oder Schließung von Produktionsstandorten die Weiterentwicklung von Alternativenergien.

Siemens steht für die Renaissance der Atomenergie in der BRD.
Zusammen mit der französischen Framatome hat Siemens die "neue Generation" von EPR-Reaktoren entwickelt, die in Viereth bei Bamberg und Greifswald entstehen sollen. Ebenfalls in Greifswald soll der Kernfusionsreaktor IPP gebaut werden. Siemens entwickelt auch diesen.



1997 plant der Siemens-Konzern sein 150-jähriges feierlich zu begehen. Wir werden ihnen in die Suppe spucken. Als einer der bedeutensten Monopolisten im Atomprogramm der BRD - u.a. Entwicklung und Bau aller hiesigen AKW durch die 100%ige Tochter KWU - hat sich der Konzern seit Jahrzehnten zum Angriffsziel von Atomkraftgegnerinnen gemacht ...

SIEMENS

das Licht ausblasen !

Sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit!

DEMO:

Die Demo beginnt am 8. Februar um 13 Uhr auf dem Breitscheidplatz und endet mit einer Abschlußkundgebung am Zoologischen Garten.
Zur Demo gibt es am 18. Januar eine Vollversammlung im Mehringhof (Versammlungsraum) in der Gneisenaustr. 2a. Kommt zahlreich!

PARTY:

Am Abend gibt es dann eine NiX³-Fete in der Köpi 137 (Köpencker Str. 137) mit fetter Mucke (Bands & Disco), tollen Coctails, bester Stimmung, neuesten Infos über den Castor und das Wendland und vielen großen und kleinen Überraschungen !

... und nicht vergessen : EVU-Aktionstag am 1.2.1997

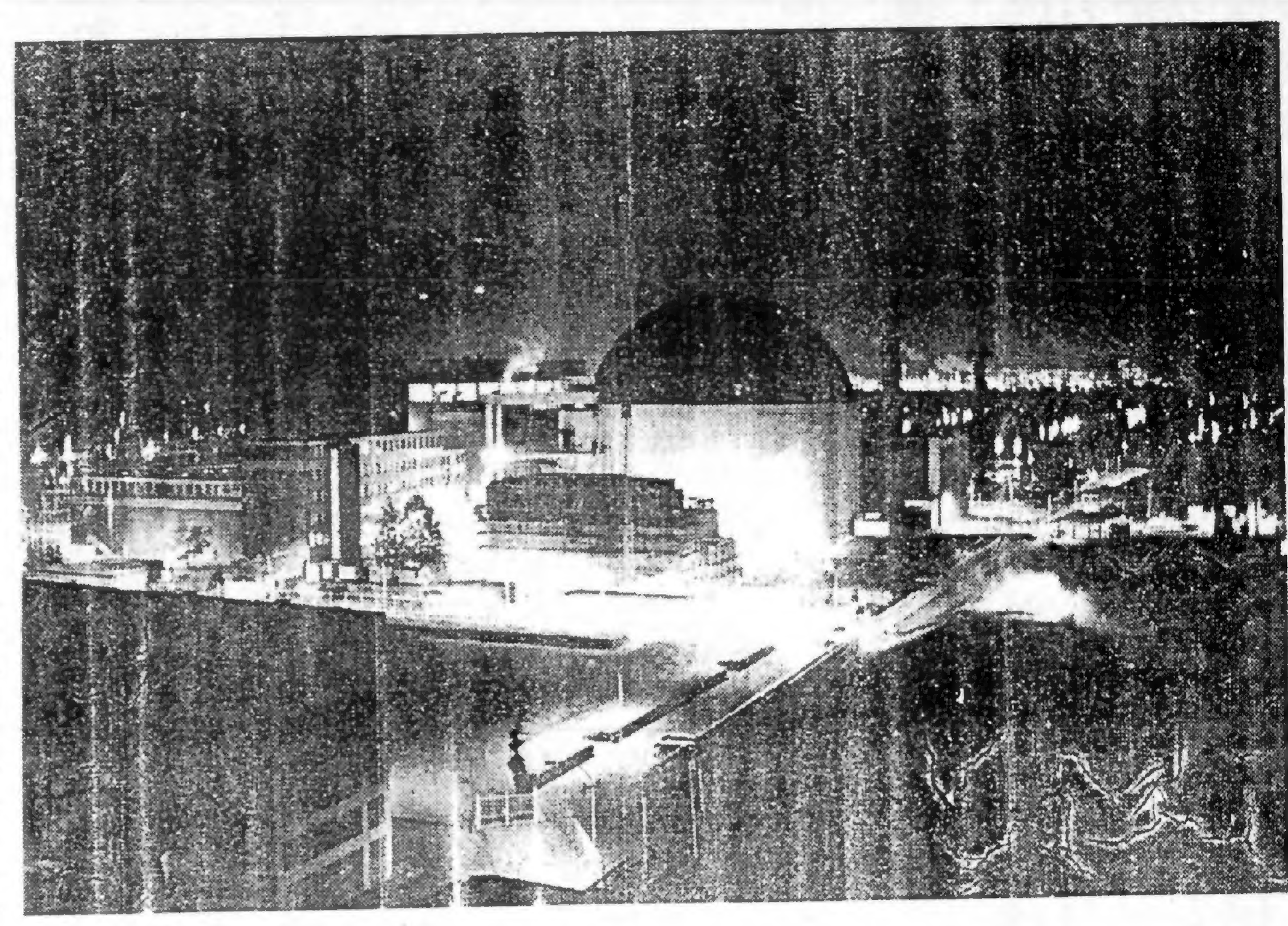
... jetzt folgt WERBUNG: da wir eigentlich überhaupt nicht technikfeindlich sind, möchten wir Euch noch eine besonders schöne Internet-Adresse besonders ans Herz legen:

http: //www.oneworldweb.de/castor/main.html

V.i.S.d.P.:
ANTI - ATOM - PLENUM - Berlin ★ Kurfürstenstraße 14 ★ 10785 Berlin ★ Tel.: 030/2616252 Fax:030/2619812

Siemensboykott zu Silvester

Gegen die Beteiligung des Konzerns am Bau des slowakischen AKWs Mochovce demonstrierten 400 UmweltschützerInnen vor der Firmenniederlassung in Spandau



Siemens-Reaktoren (hier AKW Stade): In Spandau gab es Protest gegen Umrüstungen *Foto: Maik Jespersen*

Weil Siemens weiter Atomkraftwerke baut, forderten am letzten Tag des Jahres 1996 rund 400 jugendliche Umweltaktivisten zum Boykott von Siemensprodukten auf. Eine überdimensionale Waschmaschine präsentierten die GegnerInnen von Atomkraftwerken vor der Firmenniederlassung in Spandau. Die Schleuder stand als Beispiel für Waren, auf die die Bevölkerung verzichten solle, um den Energieverbrauch einzudämmen. Der Protest richtete sich vor allem gegen die Beteiligung von Siemens am Bau des Atomkraftwerks Mochovce in der Slowakei. Die Demonstranten forderten, den Reaktor gar nicht erst zu bauen und ihn nicht ans Netz zu lassen.

„Mochovce – das nächste Tschernobyl" hatten die DemonstrantInnen auf eines ihrer Transparente geschrieben. Eine Sprecherin der Siemens-Boykottkampagne kritisierte während der Kundgebung, daß der Reaktor mit veralteter russischer Technik gebaut und anschließend nur notdürftig mit westlicher Sicherheitstechnik aufgerüstet werde. Diesen Part übernimmt Siemens. Beim Mecklenburg-Vorpommerschen Greifswald sei ein vergleichbares AKW vom Typ WWER kurz nach der Wende aus Sicherheitsgründen stillgelegt worden, sagte die Sprecherin. Doch auch mit westlicher „High-Tech" seien Krebsfälle wie im Umkreis des Kraftwerks Krümmel in Schleswig-Holstein nicht auszuschließen.

Bereits am vergangenen Montag hatten in derselben Angelegenheit 20 atomkritische Weihnachtsmänner das Berliner Büro der Kreditanstalt für Wiederaufbau besucht. Die bundeseigene Kreditanstalt stellte unlängst einen Kredit von 150 Millionen Mark zu Verfügung, um unter anderem die Siemensaktivitäten in Mochovce zu finanzieren.

In Zusammenarbeit mit der französischen Firma Framatom soll der deutsche Konzern Technik zur Überwachung und Steuerung des Kraftwerkes sowie für den Strahlen- und Brandschutz liefern. Der Siemensbereich Energieerzeugung, der Atomkraftwerke herstellt und ausrüstet, betreibt auch eine Produktionsstätte in der Huttenstraße in Moabit. Das Geschäft gilt als Einstieg in die Modernisierung von rund 70 Atomkraftwerken des Typs WWER, die überall in Osteuropa Energie herstellen.

Nicht nur deutsche Umweltschützer, auch Minister der österreichischen Regierung kritisieren den Weiterbau des AKWs in der Slowakei. Trotz Nachrüstung werde kein westlicher Sicherheitsstandard erreicht, erklärte der Wiener Umweltminister Martin Bartenstein. Auf Betreiben der österreichischen Regierung war ein Kredit der Osteuropabank zur Vollendung der seit 1990 stillgelegten Baustelle gesperrt worden.

In Mochovce sind vier Reaktoren mit einer Leistung von jeweils 440 Megawatt geplant. Die beiden ersten stehen seit 1990 im Rohbau, weil die slowakische Regierung die geschätzten 1.3 Milliarden Mark für die Fertigstellung nicht aufbringen konnte. Block eins soll im Juni 1998, Block zwei im März 1999 in Betrieb gehen. **Hannes**

taz 2.1.97

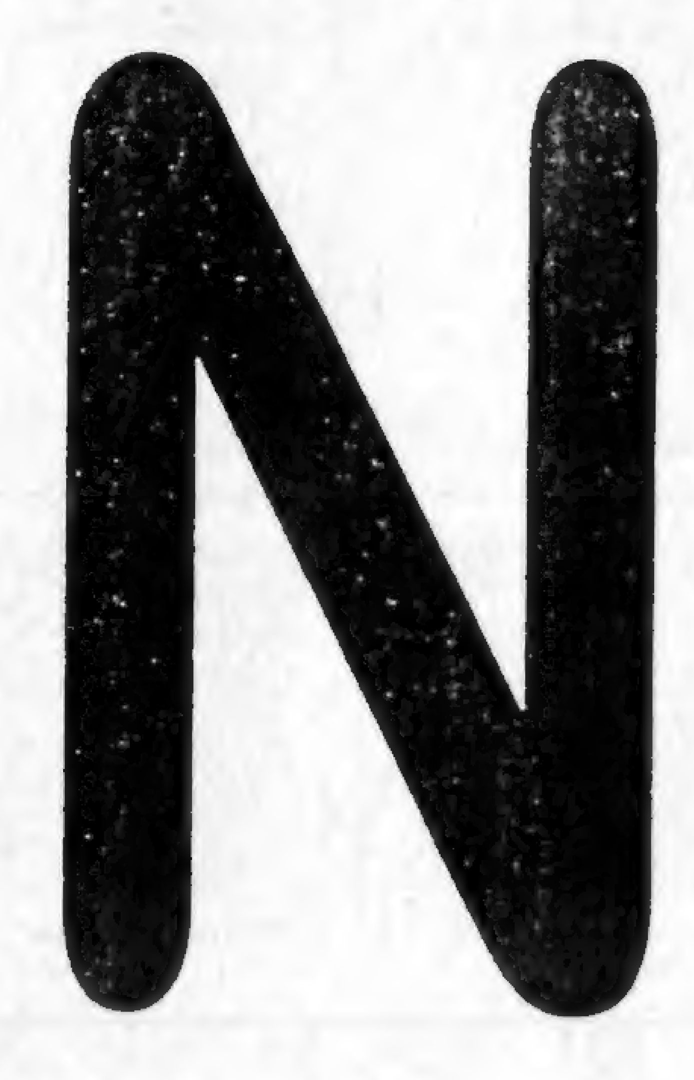
WEITER IM KAMPF GEGEN HETENDORF 13 !

- 201 Ermittlungsverfahren wegen der Teilnahme an einer Demonstration gegen das faschistische Schulungszentrum Hetendorf 13
- das "Bunte Haus" - linker Treffpunkt in Celle - bekommt nach der Demonstration gegen die Sonnenwendfeier eine Abmahnung der Stadt Celle
- vor der Aktion Panikmache des Verfassungsschutzes vor "1200 Linksextremisten"
- Spaltungsversuche in bürgerliche und autonome AntifaschistInnen
- Kündigung des Postfaches des Bündnis gegen Rechts
- Ermittlungen gegen den ehemaligen Postfachinhaber
- Observierung der Bündnistreffen durch Polizei/Staatsschutz

DEMONSTRATION
ANTIFASCHISTISCHE
AKTION

SAMSTAG
1. MÄRZ 1997
13.00 UHR CELLE
TRIFT (PARK-GELÄNDE)

Bündnis gegen Rechts, c/o Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f, 29221 Celle



DEN CASTOR VERHINDERN, BEVOR ER LOSFÄHRT !!!

Ungeachtet des enormen Widerstandes, des gewachsenen Protestes sowie der erheblich gestiegenen Kosten beim letzten Transport im Mai'96 halten Staat und Atomindustrie an der weiteren Einlagerung von sog. Castor-Behältern im „Zwischenlager" Gorleben fest. So soll der für November'96 angekündigte Transport von drei Behältern, einer aus dem AKW Gundremmingen und zwei weitere aus dem AKW Neckarwestheim, im kommenden Frühjahr rollen. Aus Gründen der Kostendämpfung soll dieser Transport auf insgesamt sechs Behälter anwachsen. Es erscheint jedoch fraglich, ob die drei zusätzlichen Behälter, die möglicherweise aus der WAA in La Hague stammen, zeitgleich auf den Weg gebracht werden können, da die Kapazitäten am Verladekran in Dannenberg lediglich für drei Behälter hinreichen. Darum kann es sein, daß die sechs Behälter in so enger zeitlicher Abfolge eintreffen, daß die Einsatzzeit der Bullizei nicht wesentlich ausgedehnt werden muß. D.h., wir müssen uns darauf einstellen, daß die Anlieferung innerhalb von zwei/drei Tagen erfolgen wird. Als frühest möglicher Transporttermin wird gegenwärtig die 10. Kalenderwoche gehandelt. Damit ist klar: Es ist keine Zeit zu verlieren, wir müssen die Initiative ergreifen. Dem Vorfeld muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, und es beginnt jetzt!!!

„Solange die Strecke noch nicht zurückgebaut und entwidmet ist, kann sie mit Einzelgenehmigung des Eisenbahnbundesamtes für Transporte genutzt werden."

Die Rede ist von der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg, über die ja bekanntlich die beiden ersten Transporte mit hochradioaktiven Atommüll ins Wendland gelangten. Der Grund für die Äußerung des niedersächsischen Verkehrsministers Fischer besteht in der zwischenzeitlich erfolgten offiziellen Stillegung der Strecke. Damit ist klar: Sie soll lediglich als Atommüllroute neben der Lüneburger Strecke erhalten werden. Protest und Widerstand sollen sich auch in Zukunft nicht auf eine Strecke konzentrieren können. Auf den gesamten rund 50 km besteht jetzt eine Situation, wie sie auf den letzten Metern vor dem Verladekran ohnehin schon gegeben ist, hier rollt nur noch Atommüll!

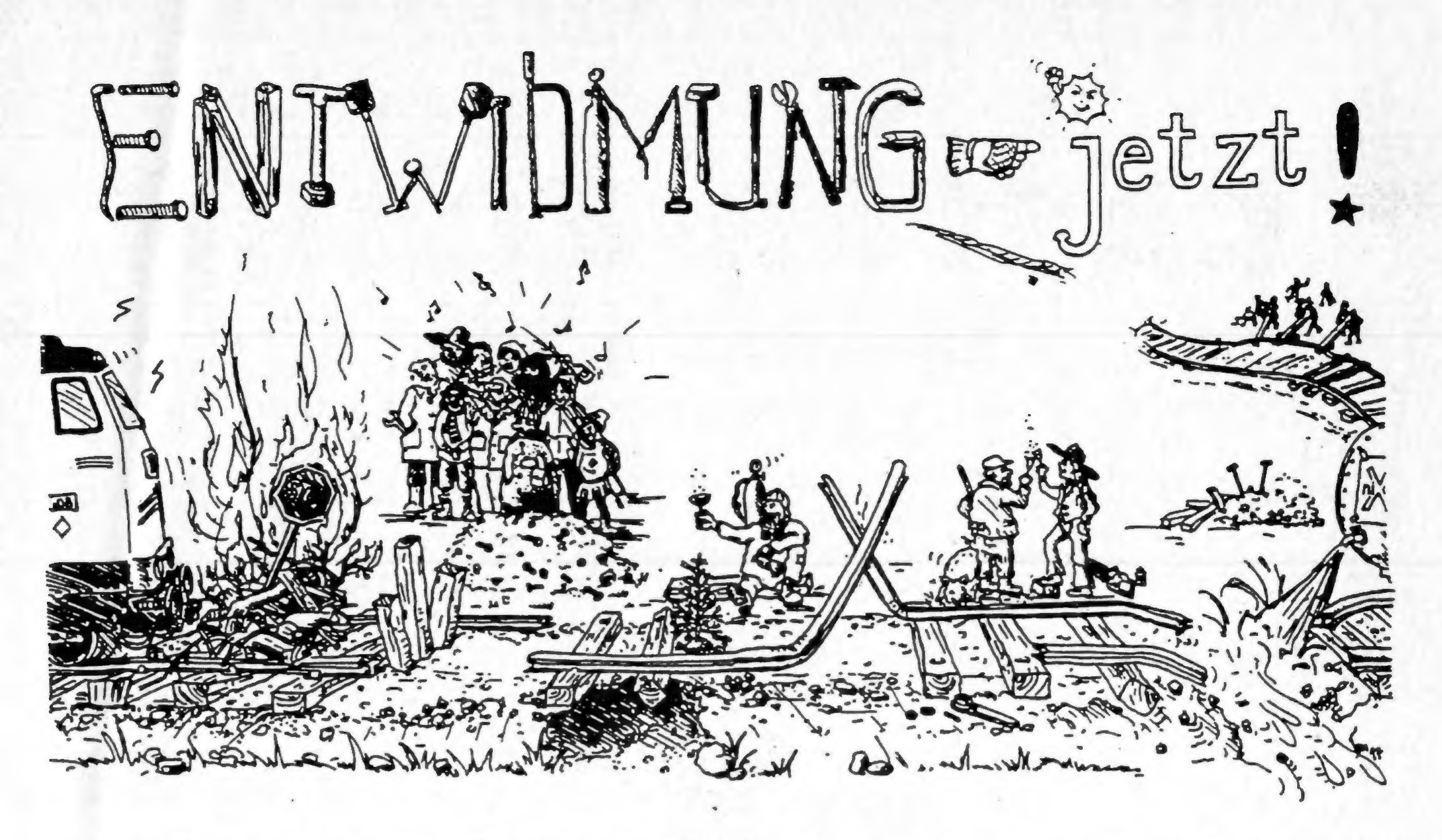
Ein Umstand, der uns genauso wie die vollmundigen Ankündigungen von Niedersachsens Innenminister Glogowski, in diesem Jahr zwei Transporte, einen mit besagten sechs Behältern und einen weiteren mit neun Behältern nach Gorleben auf den Weg zu bringen, zu neuen Taten anspornen sollte. Auch seine Aussage, es sei die Frage „ob sie überhaupt auf den Weg gebracht werden sollten", sollte uns zusätzliche Ermutigung sein.

I X³

Einerlei, ob der erste Transport im März oder Mai rollen soll, die Richtung ist nur allzu klar, die Herren brauchen eine Entscheidungshilfe! Und diese kann ihnen nur die ganze Breite und Vielfalt von Protest und Widerstand geben. Gemeinsam müssen wir soviel Druck entwickeln, daß es ihnen unmöglich ist, an ihren ehrgeizigen Plänen festzuhalten. Ein Schritt hierzu ist der

SCHIENENAKTIONSTAG AM 15. FEBRUAR 1997

Auf der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg



An diesem Tage soll sie sich zeigen, die Breite und Vielfalt der Bewegung, soll deutlich werden, daß wir uns nicht in gut und böse, gewaltfrei und militant, Staatsfeinde und besorgte BürgerInnen spalten lassen, daß wir nach wie vor zum gemeinsamen, zielgerichtetem Handeln in der Lage sind. D.h., die ganze Palette ist gefragt, und damit ist jede und jeder aufgerufen, sich gemäß ihrer/seiner Vorstellung von Protest und Widerstand einzubringen. Dabei gilt es darauf zu achten, sich nicht gegenseitig zu gefährden und die unterschiedlichsten Aktionsformen gleichermaßen zu respektieren.

Dieser Aktionstag soll aber nicht nur dazu dienen, Einheit zu demonstrieren und die vielbeschworene Vielfalt zum Ausdruck bringen. Es sollen auch ganz konkret jene Schritte, die einzelne Gruppen schon in Richtung auf eine Entwidmung unternommen haben, fortgesetzt werden. Darunter muß nicht nur eine Demontage des Gleiskörpers verstanden werden, sondern diese Entwidmung kann auf ganz unterschiedliche Art und Weise erfolgen. So können in Senken Feuchtbiotope entstehen, während an anderen Stellen Bäume und Sträucher gepflanzt und aus den vorhandenen Schottersteinen Trockenmauern aufgeschichtet werden. Der Bahndamm kann zu Radwegen umgebaut werden, wobei die Gleise als Bewehrung dienen. Wieder woanders kann ein neues Langdorf entstehen, Hütten können errichtet und so ganze Widerstandsnester aufgebaut werden. Daneben fehlt immer wieder hier und dort ein Stück Gleis, ist der Bahndamm abgetragen, sind Gleise unterhöhlt, findet sich in der Landschaft gebrauchte Kunst, entstanden aus den Materialien, die die Strecke so bietet. Aber auch deutliche Zeichen sind zu setzen, sichtbare Zeichen. Transparente, die von Brücken hängen genauso wie solche, die die Straßen überspannen. All jene Menschen, die nur mal sehen wollen, wie weit die Arbeiten gediehen sind, sind aufgerufen sich zu zeigen, denn wir sind nicht nur entschlossen, bunt und vielfältig, wir sind auch viele! Gelegenheit zum Plausch bieten Stände mit Kaffee und Kuchen, den neuesten Infos und dergleichen mehr in Stoetze, Zernien und Pudripp. Also, der Möglichkeiten sind da viele, denkt Euch eigene aus, bringt Euch mit vorbereiteten Aktionen ein oder schaut einfach vorbei! Es heißt mal wieder

Verhindert die Castor-Transporte!!!

AUFTAKT 12 UHR
ZERNIEN
ABSCHLUSSKUNDGEBUNG
17 UHR BAHNHOF HITZACKER

gez.:Republik Freies Wendland, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Gorleben im Januar 1997

CASTOR-ALARM

Wir stellen uns quer.

Schon zweimal gab es für das Wendland einen Tag X. Beim ersten CASTOR-Transport gingen 2000 Menschen auf die Straße – der Einsatz von 15.000 Beamten kostete 55 Mio. Mark. Beim zweiten Castor waren es über 10.000 ProtestiererInnen – rund 19.000 Beamten kosteten 90 Mio. Mark. Seitdem geht bei Politikern und Betreibern die Angst um. Um einen weiteren Transport überhaupt finanzierbar zu machen, sollen im März/April 97 sechs Behälter gleichzeitig quer durch die Republik geschickt werden.

Wir nehmen die Aufforderung zum Tanz an! Die Zahl der Polizisten ist begrenzt – die des Widerstandes nicht!

NIX³

Wir zählen auf Euch!

Atomkraft ist ein Riesengeschäft. Deshalb setzen die Manager der Atomindustrie alles daran, daß Politik in ihrem Sinne gemacht wird – gegen den Willen der Bevölkerung und immer häufiger mit polizeistaatlichen und gewaltsamen Mitteln. Aber die Zeit der Einschüchterung ist vorbei. Der Über-Lebenswille vieler Menschen läßt sich nicht länger an die Kette legen. Die Gewißheit im Recht zu sein, wird durch willkürliche Versammlungsverbote nur noch gestärkt.

Wir fordern den Ausstieg – jetzt!

Castortransporte verhindern Atomanlagen stillegen!

Der Name Castor steht für ein verlogenes Konzept. Der Castor ist eine Mülltonne aus Sphäroguß. Er dient als Transport- und Lagerbehälter und als „Entsorgungsnachweis"! Mangels Endlager wird er in sogenannten Zwischenlagern wie Ahaus, Greifswald oder Gorleben zunächst für unbestimmte Zeit abgestellt. Das Hin und Herschieben des Atommülls ist kein Entsorgungsbeitrag, sondern dient allein dazu, die AKW ungestört weiterlaufen zu lassen. Der Castor ist ein Symbol dafür, daß das Problem des Atommülls nicht aus der Welt zu schaffen ist. Weder durch Plutoniumabtrennung, noch durch Zwischenlagerung. Immer weniger Menschen sind bereit, die Risiken widerspruchslos hinzunehmen. Mit der Bevölkerung wird es keinen Konsens über den Weiterbetrieb von Atomanlagen geben. Das kreative und vielfältige Engagement von Bürgerinitiativen, Aktionsgruppen und Einzelpersonen im gesamten Bundesgebiet hat gezeigt: Die offizielle Politik kam und kommt an uns nicht mehr vorbei!

Den Castor stoppen bevor er losfährt

Es war unser Erfolg, daß die für November geplanten Transporte aus Gundremmingen und Neckarwestheim nicht losgefahren sind. Wenn wir jetzt entschlossen handeln, haben wir gute Chancen, die Transporte endgültig zu kippen. Wir müssen vielfältig, flexibel und unkalkulierbar agieren – nicht erst am Transporttag X, sondern in der Zeit davor. Politikern und Betreibern muß klarwerden, daß der finanzielle und politische Preis eines weiteren Transportes zu hoch ist. Handeln wir. Jetzt!

Nicht Sixpack, nicht einer – keiner!

Kommt ins Wendland!

Viele Menschen haben nach dem letzten Transport bekundet:" Beim nächsten Mal sind wir auch dabei !" Jetzt sind alle gefordert – denn die Gegenseite plant den großen „Abwasch". Politiker, Betreiber und Polizei werden nichts unversucht lassen, den Widerstand weiter zu kriminalisieren und als gewalttätig abzustempeln. Ein Aufspalten in „militant" und gewaltfrei" soll die Kraft der Massenbewegung brechen. Wir lassen uns weder auseinanderdividieren, noch werden wir am Tag X unseren kühlen Kopf verlieren. Wir werden entschlossen, aber besonnen Handeln. Unser Appell lautet: Kommt alle ins Wendland! Nur selten kann Demokratie so hautnah mitgestaltet werden! Auch wenn ihr euch nur ein „Bild" machen wollt – die Teilnahme am CASTOR-Widerstand erspart jahrelangen Unterricht in „Staatbürgerkunde" !

Das Streckenkonzept

Wir sind schon vorher da! Sollte die Atomindustrie – und sei es nur, um die eigene Macht zu demonstrieren an einem dritten Castor festhalten, beginnt am Wochenende vor dem vorraussichtlichen Transporttermin das X-minus Konzept. Bereits Tage vorher werden sich zahlreiche Menschen in Camps und Wagenburgen bei den Transportstrecken an Schiene und Straße einfinden. Wir werden uns einrichten und unseren Widerstand durch eine Vielfalt unübersehbarer Zeichen sichtbar machen. Wir werden präsent sein!

Das Wochenende davor

Sonnabend

- 11 Uhr: Treffpunkt an meheren Orten in Lüneburg und Sternmarsch
- 12 Uhr Auftaktkundgebung
- 16 Uhr Konvoi über Dahlenburg nach Dannenberg

Sonntag

- Sammelpunkt u. Kurzkundgebung bei Dannenberg
- „Die Stunkparade" mit Schleppern und Wagen auf der Transportstrecke vom Verladekran Dannenberg zum Zwischenlager
- Kundgebung am Endlager
- Rückfahrt und Einrichtung der Camps und Wagenburgen entlang der Transportstrecke

Ab Montag: Wir sind eingerichtet!

Kontakte

Wagen für die Stunkparade können Gruppen über die Bäuerliche Notgemeinschaft bestellen.
Informationen allgemein: BI Lüchow-Dannenberg
Telefon 0 58 41/46 84 Fax 0 58 41/31 97
Noch Fragen zur Auftaktkundgebung?
LIGA, Telefon 0 41 31/4 85 99 Fax 0 41 31/4 75 12
Kontakt zur Aktion: X-tausendmal quer"
Dorfstraße 30, 29462 Blütlingen, 05843-7527

Die Telefonkette

- Wenn der Transporttermin endgültig feststeht, wird die bundesweite Telefonkette zur Mobilisierung ausgelöst.
- Mit der Abfahrt des Transportes aus Neckarwestheim wird dann ein weiteres und letztes Mal die bundesweite Telefonkette von der BI-Lüchow-Dannenberg ausgelöst.
- Spätestens von diesem Zeitpunkt an werden sich gleichzeitig an vielen Orten im Bundesgebiet Menschen Quer stellen/legen/setzen. Auch die Solidarität von internationalen Gruppen ist uns heute schon sicher.

Was können wir tun?

Es gibt unendlich viele Möglichkeiten. Nutzt die Zeit, die noch bleibt. Mobilisiert in euren politischen und persönlichen Zusammenhängen, in euren Städten und Regionen. Macht Veranstaltungen, klebt Plakate, entwickelt Aktionen. Um viele Menschen erreichen zu können, wurden verschiedene Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. Zum Teil sind diese zu beziehen über das Büro der BI, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow.

UnterstützerInnen: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danneberg e.V., LIGA, Bäuerliche Notgemeinschaft, Atomplenum Minden, Castor-Gruppe Dannenberg, Anti-Atom-Büro Hamburg, Paderborner BügerInnen gegen Atomanlagen, Anti Atom Plenum Gottingen, Alte Anti-AKW Gruppe Oldenburg, Idas, BI Südheide, Castor Fan-Gruppen Dahlenburg, Wendlandische Zivilgesellschaft in Solidarität mit Chiapas, Redaktion Anti-Atom Aktuell, SchülerInnenring Wendland, BürgerInnen gegen Atomanlagen Himbergen, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz (AGU) Winsen, OV Bündnis 90/Die Grünen Winsen, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Winsen, Naturschutzjugend Rheinland Pfalz, ASTA der TU Braunschweig, AG Widerstand gegen den Atomstaat Braunschweig, Initiative 60, Gorleben-Frauen.

Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark !

-Rosa 1906-

Einige Gedanken zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Am 15. Januar 1919 wurden die beiden sozialistischen RevolutionärInnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Auftrag der damaligen SPD-Regierung von rechten Freikorps ermordet. 1997 jährt sich zum 78. Mal ihr Todestag. Auch dieses Jahr findet eine Gedenkdemonstration statt. Linke aller Art - von StalinistInnen über Lenin-Fans bis zu Autonomen und libertären Linken - beziehen sich positiv auf Rosa und Karl. Sogar Jusos und SPD-Menschen behaupten nach wie vor, in der Tradition dieser beiden RevolutionärInnen zu stehen. Auch im letzten Jahr fand eine Gedenkdemonstration für die KPD-GründerInnen statt, die allerdings brutal von der Polizei angegriffen wurde.

Der deutsche Imperialismus ist gegenwärtig dabei, die BRD auch militärisch wieder „fit" zu machen. Täglich setzt sich der Wahnsinn der HERRschaft des Menschen über den Menschen fort, in all ihren Formen. Die kapitalistische Klassengesellschaft, die patriarchale Unterdrückung von Frauen, der Rassismus und Nationalismus, die Ausbeutung der Trikont-Länder (Afrika, Asien, Lateinamerika), die Umweltzerstörung, die Ausbeutung und Unterdrückung durch dieses System ist um keinen Deut weniger geworden.
Nur durch eine Soziale Revolution können diese Verhältnisse überwunden werden, nur auf diesem Wege kann ein menschenwürdiges Leben erreicht werden.

Dazu bedarf es nicht nur einer breiten revolutionären Bewegung und Strategie, sondern auch des kollektiven Gedächtnisses, um den schwarz-roten Faden in der Geschichte aufzunehmen und weiterzuführen. Schon immer gab es revolutionären Widerstand von Menschen, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gehörten dazu.
Als Ökologische Linke beziehen auch wir uns positiv auf sie und ihre Analyse, halten es aber für notwendig, mit kritischem Bewußtsein ihr Leben und Werk zu betrachten. Wir wollen Rückschlüsse für einen heutigen revolutionären Widerstand ziehen, Aspekte in ihrem Denken aufgreifen und weiterentwickeln, die wir für emanzipatorisch halten.

> *„Nicht Einheit, sondern Klarheit über alles. Keine milde Duldsamkeit, auch nicht in der Opposition, sondern ätzende Kritik bis in die letzte Faser, peinliche Abrechnung auf Heller und Pfennig. Durch unerbittliche Aufdeckung und Austragung der Differenzen zur prinzipiellen und taktischen Einmütigkeit und damit zur Aktionsfähigkeit und damit zur Einheit, so geht der Weg.*
> *Nicht den Beginn des Gärungsprozesses, den die sozialistischen Parteien und auch noch die Opposition durchläuft, erst seinen Abschluß darf die Einheit bilden."*
>
> *Karl Liebknecht in „Die Lebensfrage des Sozialismus"*

Karl Liebknecht hatte als einziger Reichstagsabgeordneter der SPD, damals noch im linken Flügel der Partei, gegen die zweiten Kriegskredite gestimmt, nachdem er sich im August 1914 noch der Fraktionsdisziplin unterworfen hatte. Er kämpfte vehement gegen den Militarismus und Imperialismus.
Im 1.Weltkrieg offenbarte sich die deutsche ArbeiterInnenbewegung als Teil der bürgerlichen Gesellschaft. Sie war an der Absicherung ihrer eigenen Existenz interessiert und hatte weder die Absicht noch die Mittel, dem Kapitalismus entgegenzutreten. Revolutionäre Linke waren in den großen Organisationen wie SPD und Gewerkschaften ohne Einfluß. Die Mehrheit lehnte radikale Veränderungen ab. Erst aufgrund der Folgen des Krieges fanden kleine radikale linke Gruppen zumindest bei einem Teil der arbeitenden Klasse Gehör.
Langsam wuchs auch bei vielen ArbeiterInnen die Erkenntnis, daß ihr Kampf gegen Krieg und Ausbeutung den Kampf gegen die alte ArbeiterInnenbewegung und ihre Konzeptionen einschließen müßte. Mitglieder des Spartakusbundes (1916 gegrün-

dete radikale Strömung innerhalb der USPD) forderten schon während des Krieges neue Organisationsformen, aufgebaut nach dem Räteprinzip: direkte Demokratie, gewählte Delegierte, die an Weisung ihrer Basis gebunden (imperatives Mandat) und jederzeit rechenschaftspflichtig und abwählbar sind. Damit keine neue Elite entsteht, sollte ein Wechsel der VertreterInnen erfolgen.

Rosa Luxemburg entwickelte ihre Vorstellung einer basis- und rätedemokratischen Organisation in Auseinandersetzung mit Lenins Idee der Kaderpartei und dem Bürokratismus der Sozialdemokratie. Hierarchische Strukturen waren ihrer Auffassung nach eine Ursache dafür, daß die ArbeiterInnen 1914 den Kriegskurs der SPD-Regierung akzeptierten. Sie bezeichnete deswegen politische Autonomie von Basiseinheiten als eine Bedingung für einen Neuanfang. In der ersten Satzung der KPD vom Frühjahr 1919 ist die Autonomie aller Parteigliederungen im Rahmen des Programms verankert. Spät - nämlich erst im November 1918 - „entdeckte" Luxemburg die Räte als Koordinationsorgane der Revolution und politische Struktur einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft.

„Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. „Diktatur oder Demokratie" heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für bürgerliche Demokratie. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer handvoll Personen, d.h. für bürgerliche Diktatur. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik."

Rosa in „ Zur Russischen Revolution"

Rosa Luxemburg lehnte eine Partei der BerufsrevolutionärInnen, wie sie die Bolschewiki in Rußland aufgebaut hatten, ab. Nur Selbsthandeln und Selbsttätigkeit der Menschen könne zum Sozialismus führen, deswegen müßten sich die ArbeiterInnen von der Bevormundung durch ihre FührerInnen befreien.

Sie vertrat die „Diktatur des Proletariats" gegen die HERRschende Klasse und gegen die Konterrevolution als Weg zum Sozialismus - allerdings als etwas Grundverschiedenes zu Lenin, nämlich als die breite Selbstorganisierung der revolutionär gesinnten Massen, nicht als Diktatur über sie.

Der Sozialismus könne nur das Werk der ArbeiterInnen selbst sein, nicht einer Minderheit im Namen der ArbeiterInnen, da die Idee des Sozialismus die HERRschaft einer Minderheit ausschließe (siehe Rosa Luxemburg, „Blanquismus und Sozialdemokratie", 1906).



[...], einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im bürgerlichen Sinne...
(Rosa Luxemburg, Zur Russischen Revolution, 1918)

In der Kritik an Lenin, seinem „Ultrazentrismus“, der „sterilem Nachtwächtergeist“ entspringe, war Rosa der Meinung, daß die Eigeninitiative durch „eine Handvoll akademischer Leiter“ erstickt werde. Dank der erzieherischen Wirkung der Fabrik würden sich die ArbeiterInnen Lenins Vorstellungen von straffer Disziplin freudig unterwerfen.
Voraussetzung für Emanzipation sei aber gerade, daß sklavische Unterordnung durchbrochen und durch eine auf Einsicht und Freiwilligkeit beruhende Selbstdisziplin ersetzt werde (siehe Rosa Luxemburg, „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, 1904).
Und gerade diese Gedanken, die auch Karl Liebknecht vertrat, sind unserer Meinung nach spannend und für die Zukunft eines revolutionären Widerstandes brauchbar (im Gegensatz zur Geschichtsverklärung der MLerInnen...).
Voraussetzung für eine revolutionäre Bewegung und für eine revolutionäre Umwälzung ist das selbständige, selbstbestimmte Denken und Handeln der Individuen als Teil der Bewegung.
Gerade für Karl Liebknecht war die Geschichte nicht nur durch historische Gesetze festgeschrieben. Eine sozialistische Gesellschaft sei nicht „naturnotwendig“ und unvermeidlich, auch die Barbarei sei möglich. Entscheidend sei der Wille zur Veränderung und die Tatsache, daß die Verhältnisse international wirken und nur international umzuwälzen sind (siehe Karl Liebknecht in „Antimilitarismus!“)
Schaut mensch sich die Kritiken und Analysen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an und betrachtet diese aus heutiger Sicht, so entdeckt mensch einiges, was sie prophezeit hatten (Mechanismen des Parlamentarismus, der sich aus der russischen Revolution entwickelnde Stalinismus als neue Eliten-HERRschaft mit staatsterroristischer Struktur und als Pervertierung der kommunistischen Utopie, etc.)
Für eine heutige revolutionäre Bewegung ist es unerläßlich, dieses zu beachten, wenn um eine wirklich befreite Gesellschaft gehen soll. Anstatt des Betreibens marxistisch-leninistischer Politik, z B. durch das theorielose Anklatschen von Lenin an eine Gedenkdemo für Rosa und Karl, wollen wir betonen, daß es uns gerade um die libertären Aspekte bei den beiden geht.
Die KPD, die von ihnen gegründet wurde, hatte nur wenig mit dem zu tun, was in der Weimarer Republik aus ihr geworden ist. Die GründerInnen hätten sich wahrscheinlich im Grabe umgedreht...
Statt Geschichtsverklärung ist es unserer Meinung nach wichtig, zum Beispiel den Rätegedanken, der bei Rosa und Karl auftaucht, weiterzuentwickeln. Gerade in der Frage, wie denn eine befreite Gesellschaft aussehen könnte, reichte ihre Analyse nicht aus.

Was bedeutet das alles für HEUTE ?

Das notwendige selbständige Handeln von Menschen mit revolutionärer Zielsetzung setzt politische Strukturen voraus, die emanzipatorisch sind und wirken sowie auf Basisdemokratie und Dezentralität aufbauen. Eine revolutionäre Bewegung kann viele Formen haben, sollte aber alles andere als zentralistisch und autoritär-dogmatisch sein. Für diesen Ansatz, den wir vertreten, halten wir die Analysen von Rosa und Karl für brauchbare Denkanstöße. Ihr antiimperialistisches und antimilitaristisches Engagement, ihr internationalistischer Ansatz („Sozialismus nur durch Weltrevolution“), ihre Kritik an Lenin und der Russischen Revolution, am Parlamentarismus, am Militarismus und dem Imperialismus sind nützlich.
Auf der anderen Seite denken wir, daß ihre politische Analyse nicht vollständig in der Auseinandersetzung mit HERRschaftsverhältnissen war. Eine feministische Position, welche davon ausgeht, das Kapitalismus und Patriarchat zusammenhängen, taucht bei Rosa und Karl nicht auf (siehe z.B. die sogenannte „Gebärstreik-Debatte“ und Debatte um sexuelle Selbstbestimmung, wo Rosa vertrat, daß weniger ProletarierInnenkinder „weniger Soldaten für die Revolution“ bedeuten...) Lediglich von oberflächlich formulierter „Gleichberechtigung“ ist da die Rede. Der Reproduktionsbereich, der fast ausschließlich und unbezahlt als Doppelausbeutung von Frauen geleistet wird, ist auch eine stabilisierende Voraussetzung der kapitalistischen Produktion, in der Frauen ebenfalls mehr als Männer benachteiligt werden (miese Jobs, niedrigere Löhne, höherer Frauenanteil bei Arbeitslosen, etc.) taucht bei Rosa auch nicht auf. Oder die patriarchale Sozialisation und Rollenzuweisung, die sexistische Gewalt durch Männer, ihr generelles, quer zum Klassengegensatz verlaufendes Interesse als Profi-

teure des Patriarchats - eine Auseinandersetzung mit dem Geschlechterverhältnis suchen wir vergeblich...
Auch zur Struktur des Rassismus und zur ökologischen Zerstörung durch die Destruktivkräfte der kapitalistischen Produktionsweise, etc. ist bei Karl und Rosa nur wenig zu finden.

Als Ökologische Linke kämpfen wir für eine klassenlose und HERRschaftsfreie Gesellschaft ohne Kapital, Geld und Lohnarbeit, ohne rassistische und sexistische Strukturen. Eine Gesellschaft, die sich z.B. über basisdemokratische Rätestrukturen anstelle von Staaten organisiert, eine Gesellschaft, in der jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung aufgehoben ist, wo sich die Menschen die Verfügungsgewalt über ihr Leben zurückerobern.

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind Teil unserer Geschichte.

Wir bleiben dabei:

Alle Macht den Räten !
Soziale Revolution weltweit erkämpfen !

Auch wir beteiligen uns am antifaschistischen/revolutionären Block auf der Gedenkdemo !
12.1.97 um 10 Uhr am Leninplatz (Platz der Vereinten Nationen)

Veranstaltungen der ÖkoLi Berlin:

31.1.97 um 19.30 Uhr im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a
„NiX³ & Atomtransporte" mit Wolfgang Kühr (ÖkoLi)

7.2.97 „Wie steht die Linke zur Ökologie?"
Mit Jutta Ditfurth und Jürgen Elsässer, mitveranstaltet von der jungen Welt
Ort: Humboldt-Uni, Zeit und Raum noch unklar - achtet auf Ankündigungen!

Und am 8.2.1997: 13 h am Breitscheidplatz (DB-, S- und U-Bahnhof „Zoologischer Garten")

Grossdemo : „Siemens zerschlagen !
Sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit!
Sofortige Stillegung des HERRschenden Systems !"
Linke Anti-AKW-Demo aus Anlaß des 150jährigen Jubiläums von SIEMENS

Ökologische Linke (ÖkoLi) Berlin
c/o Infoladen „Nachladen"
Waldemarstr. 36
10999 Berlin
Tel.: 030/6157329
FaX: 030/6153860
Treff jeden Dienstag um 20.00 Uhr

V.i.S.d.P.: juliane weber, nailaer weg 37, 14098 berlin

Es gibt kein Ende der Geschichte...

10 Jahre Revolutionäre 1. Mai-Demo in Berlin! – Widerstand braucht Kontinuität!

Am 1. Mai 1997 wird es zum 10. Mal eine „Revolutionäre 1.Mai-Demo" in Berlin geben! Seit 1987 kommt dem 1. Mai in Berlin erstmals nach Ende der 60er, als es noch große linksradikale 1.Mai-Demonstrationen gab, wieder eine kämpferischere Bedeutung zu. Die seit 1988 stattfindenden revolutionären 1. Mai-Demonstrationen stehen in Inhalt und militanter Ausdrucksform im scharfen Kontrast zu den staatstragenden Bratwurst-Wandertagen der DGB-Führung im Rahmen der „Sozialpartnerschaft".
Von 1988 an gehörten die revolutionären 1.Mai-Demonstrationen zu den erfolgreichsten Mobilisierungen linksradikaler Gruppen und Organisationen, mit einer Ausstrahlung weit über Berlin hinaus. Dies zeigte sich auch wieder im letzten Jahr, als 15.000 Menschen vom Rosa-Luxemburg-Platz aus durch Mitte/Prenzlauer Berg und 3-5000 Menschen von Kreuzberg aus zum Kollwitzplatz demonstrierten. Der von vielen nach den Streitereien und Auseinandersetzungen auf den O-Platz-Demos 1992 und 1993 totgeglaubte „revolutionäre 1. Mai" war wieder in aller Munde. Sehr viele, gerade auch jüngere Menschen artikulierten angesichts drastischer Sozialkürzungen, Häuserräumungen, rassistischem Staats- und Nazi-Terror auch praktisch ihre Ablehnung gegenüber dem bestehenden System.
Klare Sache also, auch 1997 eine revolutionäre 1. Mai-Demo zu organisieren und den Tag zu nutzen, linksradikale revolutionäre Ansätze in ihrer gesamten Breite auf die Straße zu tragen, zu verankern und mehr Menschen zum Widerstand zu ermutigen!

Da im letzten Jahr die Vorbereitungszeit für die Demonstration etwas knapp war, wollen wir bereits jetzt zu einem ersten Vorbereitungstreffen für Gruppendelegierte einladen:
Wir schlagen eine Demonstration ab Rosa-Luxemburg-Platz mit einer ähnlichen Demo-Route, also eine Kiezdemonstration durch belebte Straßen in Mitte/Prenzlauer Berg vor.
Die Befürchtungen , die im letzten Jahr laut wurden, daß der Bruch mit der „O-Platz-Tradition" dazu führen könnte, daß sehr viel weniger Leute zur Demo kommen (weil 13 Uhr O-Platz ein überall bekannter, fester Termin/Ort ist), haben sich nicht bestätigt, im Gegenteil! Offensichtlich waren auf der Demo ab Rosa-Luxemburg-Platz auch wieder viele Menschen dabei, die jahrelang wegen der Auseinandersetzungen um die O-Platz -Demo und dem (abgesehen vom letzten Jahr) schmaler gewordenem politischem Spektrum dort (1994/1995 hauptsächlich maoistisch orientierte Gruppen) nicht mehr zur revolutionären 1.Mai-Demo gegangen waren. Gerade der bewußte Bruch mit der „O-Platz-Tradition" und das am R.L.-Platz angetretene breite linke Spektrum von Anti-Atom, Antifa über Häuserbewegung, von anarchistischen bis kommunistischen Gruppen beeindruckte viele und führte schließlich zur größten linksradikalen Demonstration der letzten Jahre! Auch die Befürchtung, daß ImmigrantInnen am 1.Mai nur in Kreuzberg bleiben würden, bestätigte sich nicht. Und sicher würden noch sehr viel mehr ImmigrantInnen auch im Prenzlauer Berg demonstrieren, wenn es dieses Jahr nur eine gemeinsame Demonstration geben würde, die gemeinsam mit linken ImmigrantInnengruppen vorbereitet und durchgeführt wird. Der Rosa-Luxemburg-Platz hat durch die vielen, guten und großen Demos in letzter Zeit sicher an Bekanntheitsgrad und Austrahlungskraft zugelegt.
Wir finden es aber auch wichtig, Kreuzberg am 1.Mai 1997 mit einzubeziehen. Wir beteiligen uns unabhängig von der Demonstration an der Initiative von einigen Leuten, für den späten Nachmittag/Abend in Kreuzberg ein größeres Konzert vorzubereiten. Außerdem hoffen wir, daß es, wie die letzten Jahre ein Straßenfest im Prenzlauer Berg geben wird.

Wie im letzten Jahr auch finden wir es sinnvoll, die Demonstration in thematisch/politisch unterschiedliche Blöcke aufzuteilen, mit jeweils eigenen Blockvorbereitungen und -mobilisierungen. Dabei finden wir Mobilisierungsfreiheit für die verschiedenen politischen Spektren selbstverständlich! So können auch unterschiedliche politische Ansätze nebeneinander stehen bleiben, und trotzdem ist es möglich, gemeinsam zu demonstrieren. Mögliche Blöcke könnten sein: Antifablock, Frauen/Lesben, Antiautoritärer Block, roter Block, Häuserblock, internationalistischer Block... Eine der Hauptaufgaben der Antifablockvorbereitung besteht dieses Jahr sicherlich darin, sich Gedanken zur Verhinderung eines möglichen Nazi-Aufmarsches zu machen. Die Versäumnisse des lezten jahres bewerten wir als großen Fehler.



Es gibt kein Monopol einer bestimmten linken Strömung/Richtung auf den 1. Mai; der 1. Mai ist Angelegenheit aller linken Gruppen und Organisationen, für die dieser Tag eine revolutionäre Bedeutung hat – es gibt keine einheitliche Linke. Deshalb wollen wir auch keine Ausgrenzung einzelner politischer Gruppen . Vielmehr sollte es jeder Gruppe möglich sein, sich in die Vorbereitung einbringen zu können, auch wenn es inhaltliche Unterschiede gibt. Den uns in diesem Zusammenhang vorgeworfenen „Pragmatismus“ finden wir im Zusammenhang mit der 1.Mai-Demonstration genau die richtige Herangehensweise. An diesem Tag sollte es vor allem darum gehen, trotz aller politischen Unterschiede auf der gemeinsamen Grundlage, nämlich dem Willen zur Umwälzung der bestehenden kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Verhältnisse zu demonstrieren. Inhaltliche Differenzen ausgerechnet im Vorfeld des 1. Mai klären zu wollen (wie jedes Jahr bei Vorbereitungstreffen aufs neue eingefordert wird), und ansonsten das ganze Jahr über dazu zu schweigen, finden wir kontraproduktiv. Inhaltliche Diskussion setzt einen kontinuierlichen, organisatorischen Rahmen voraus. Ein Demovorbereitungskreis kann zwar Rahmen zum Austausch der verschiedenen Positionen sein, Ergebnisse oder eine Angleichung der Positionen davon zu erwarten, halten wir für überhöhte Ansprüche.



Da die Verhältnisse so sind, ist es sicher wichtig, durch verschiedene Aufrufe im Vorfeld und durch Form und Ausdruck auf der Demonstration selbst die Verschiedenartigkeit des Bündisses nach außen erkennbar darzustellen. Für die evtl. notwendig befundene inhaltliche Abgrenzung gibt es schließlich die unterschiedlichen politischen Blöcke mit eigenen Aufrufen und Transparenten auf der Demonstration und getrennte Blockvorbereitungen.
Und jeder Mensch, der auf die Demonstration geht, kann selbst entscheiden, welches politische Konzept er/sie ansprechend findet und welches nicht. Eine Ausgrenzung bestimmter politischer Strömungen/Inhalte im Vorfeld finden wir falsch, weshalb die Einladung zum Vorbereitungstreffen an alle uns bekannten Gruppen gerichtet wird. Dabei wollen wir diesmal auch gezielter schon im Vorfeld ImmigrantInnengruppen ansprechen. Wir fordern hiermit auch alle anderen Gruppen auf, weitere ihnen bekannte Gruppen anzusprechen.

Für einen starken, gemeinsamen revolutionären 1. Mai 1991!

1. Vorbereitungstreffen für Gruppendelegierte:
Sonntag, 2.Februar um 20 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a



Antifaschistische Aktion Berlin · Waldemarstr. 36 · 10999 Berlin · Tel. 030-6157329 · Fax 030-6153860 · Kontakt: Fr. 16-20 Uhr





Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH

Gneisenaustraße 2A
10961 Berlin
Tel (030) 691 80 21

anfang dezember suchte ein mitarbeiter der kontraste-redaktion den mehringhof auf, um über die interim kontakt zur „autonomen Scene" aufzunehmen. nachdem er auf die möglichkeit der schriftlichen kontaktaufnahme verwiesen wurde und diesen weg auch gehen wollte, stand er zwei tage später mit einem kamerateam vorm mehrighof und sprach verschiedene menschen an, ob ihm nicht jemand den persönlichen kontakt ermöglichen könne. selbstverstandlich fand sich dazu niemand bereit, im gegenteil, das team wurde freundlich aber bestimmt vom hof komplimentiert. die im film gezeigten bilder des mehringhofs wurden irgendwann später, wahrscheinlich mit versteckter kamera, aufgenommen

Berlin, den 20.12.96

PRESSEMITTEILUNG - MEHRINGHOF

Betr KONTRASTE - Beitrag vom 19.12.1996, ARD 21 00 Uhr

Kontraste enthullt: Berliner Polizei im Bundnis mit Linksradikalen!!
Innensenator Schönbohm auf verlorenem Posten?

Zu unserem Bedauern mußten wir durch diesen Bericht vernehmen, daß der arme Innensenator Schönbohm auf verlorenem Posten steht. Die Berliner Polizei, die auf Grund ihrer langjährigen Erfahrung schon längst in einem "Bündnis mit linksradikalen Gruppen" steht, läßt den Neuberliner General auflaufen: Während Rechtsradikale von der Berliner Polizei gnadenlos verfolgt werden, haben linksradikale Gruppen freie Hand und können Ihre Pläne unbehelligt im Kreuzberger MehringHof schmieden. Die bisherigen Räumungen und Festnahmen dienten also nur der Tarnung dieser hoffnungsvollen Zusammenarbeit. Wie Jürgen Engert aufdeckte, gestattete erst die enge Zusammenarbeit zwischen der autonomen Szene und ihren neuen "Freunden und Helfern", die militanten Anschläge 1996 auf einen historischen Höchststand zu bringen

Mit beispiellosem Mut wagte sich das Kontraste-Kamarateam unter hohem personlichen Risiko sogar bis in die Kommandozentrale der Linken und setzte damit einen neuen Maßstab für investigierenden Journalismus in der BRD. Angstvoll zitternd fährt die Kamara durch Höfe und Gänge des Kreuzberger MehringHofes. Gottseidank war der Hof gerade gefegt worden. Nichtsdestotrotz konnte einem geschulten Auge nicht verborgen bleiben, welch hohe kriminelle Energie sich hinter diesen unschuldigen Mauern verbirgt

Der Bericht konnte deutlich herausstellen, daß nicht nur die Berliner Polizei, sondern höchste Bonner Regierungsstellen, das BKA und vermutlich der Kanzler selbst die mutige Aufklarungsarbeit des Innensenators und der Kontraste-Redaktion torpedieren

Der Regierungsumzug darf auf keinen Fall gefährdet werden. Aus Furcht vor zugellosem Aktivismus der linken Szene wurden offensichtlich weitreichende Absprachen getroffen

Hiermit begluckwunschen wir Herrn Engert in seiner neuen Tatigkeit als Pressesprecher des Innensenators. Ohne die mutige Zuarbeit des Berlinkenners wurde dem zugereisten General vieles im Verborgenen bleiben. Klasse Jürgen!

Fur diesen hervorragend recherchierten Beitrag, der Informationen vieler unabhängiger Quellen enthielt, deren Glaubwurdigkeit nicht nur außer Frage steht, sondern auch jederzeit uberprufbar ist, verleihen wir der Kontraste-Redaktion den "Konrad Kujau"-Preis des Jahres 1996 für kritischen, sauberen, glaubhaften und unabhangigen Journalismus

Freitag, 27. Dezember 1996 ■ die tageszeitung

„Dreitausend marschieren mit"

■ SFB-Magazin Kontraste wittert eine wachsende autonome Gefahr, ein Terrorzentrum im Mehringhof und Absprachen zwischen Polizei und Autonomen

Mit drastischen Unterstellungen flankiert das SFB-Magazin *Kontraste* die Hauptstadtsäuberungspolitik von Innensenator Jörg Schönbohm (CDU). Während jener in den vergangenen Monaten etliche Häuser räumen ließ und auf den Straßen lieber gelobende Soldaten als bettelnde Flüchtlinge sehen will, stilisiert das Politikmagazin unter Leitung von Jürgen Engert die autonome Szene rund um das Szene-Projekt Mehringhof zur Bedrohung für die Stadt, und Demos gegen die Räumungen werden als Unterstützung von Anschlägen diffamiert.

In einem Filmbeitrag, ausgestrahlt am 19. Dezember im ersten Programm, flimmerten Bilder von ausgebrannten Autos, Straßenschlachten und einer brennenden Straßenbahn über den Bildschirm. Eine „neue Qualität" sei erreicht, weil der Brandanschlag auf die Straßenbahn Menschen gefährdet habe und außerdem „generalstabsmäßig" geplant gewesen sei. Schließlich sei einer der Täter selbst in der Bahn mitgefahren. Die anschließende Demonstration gegen die Räumung von drei besetzten Häusern in Friedrichshain wird im Filmbeitrag in einen Topf mit dem Straßenbahnanschlag geworfen, unter dem Motto: „Dreitausend marschierten mit".

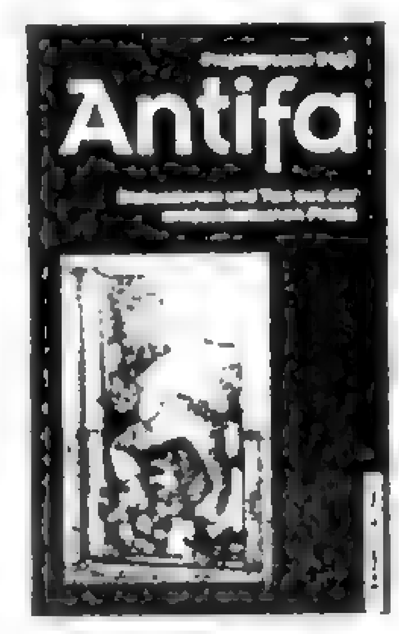
Und zwischen den Bildern von Anschlägen und Demonstrationen immer wieder der Mehringhof. Mit langsamen Kameraschwenks wird das autonome Hofprojekt in Kreuzberg als Hochburg der kriminellen Energie Berlins aufgebauscht. Und diese Hochburg bekäme auch noch, so die weitestgehende These im Film, Unterstützung von der Polizei, denn die „interessiert nicht, daß hier Brandanschläge auf Autos geplant werden". Es werde nicht ermittelt, und es gebe Druck aus Bonn, nicht zu ermitteln, behauptet ein unkenntlich gemachter Staatsschutzmitarbeiter. Die Schlußfolgerung im Film: „Der Apparat ist politisch einseitig, auf dem linken Auge blind." Der Staatsschützer stimmt auch der Engertschen These zu, es gebe „eine unausgesprochene Übereinkunft der Polizei mit der militanten Linken".

Nachdem der *Focus* schon im November verrostete Teile einer Panzerfaust aus NVA-Beständen zum Beweis militarischer Aufrüstung der Autonomen uminterpretiert hatte, plädiert nun auch das SFB-Magazin für die Durchsetzung der harten Schönbohmschen Linie. Dabei konstatiert selbst der Verfassungsschutz eine „Krise der Autonomen" und einen „Differenzierungsprozeß hinsichtlich der Opportunität und Legitimität von Gewalt". Auch die Zahl der „Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund" ist von 94 (1994) auf 74 Taten (1995) zurückgegangen.

Barbara Junge



Ralf Reinders
Ronald Fritzsch
Die Bewegung 2. Juni



Antifa



Mythen der Rechten



Krise – welche Krise?

Liebe Frauen, liebe Genossinen! Dezember 96

Wir sind weiße deutsche Frauen/Lesben aus unterschiedlichen Gruppen und Nicht-Organisierte, die die Frauen/Lesben-Demonstration am 9. Marz 1996 in Bonn zusammen mit kurdischen Frauen vor- und/oder nachbereitet haben. Wir überlegen an weiteren praktischen Möglichkeiten, den Kampf der Kurdinnen um Befreiung als Frauen und fur ein freies Kurdistan, und die feministischen Frauen/Lesben-Kämpfe hier miteinander zu verbinden. In diesem Rahmen haben wir jetzt festgestellt, daß mehrere einzelne Frauen/Lesben aus bundesdeutschen Frauen/Lesben-Zusammenhängen von repressiven Maßnahmen bedroht sind. Wir wollen die Vereinzelung der betroffenen Frauen/Lesben verhindern, und Euch hier über die einzelnen Verfahren, wie wir diese und die damit einhergehende Repression einschatzen kurz informieren:

Die einzelnen Verfahren laufen in folgenden Zusammenhängen:

- die Demonstration am 18.11.95 in Köln, die von verschiedenen deutschen Gruppen „Für eine politische Lösung in Kurdistan" initiiert wurde. Nachdem die Demonstration im Vorfeld verboten wurde, fand eine Spontan-Demonstration gegen das Verbot statt, bei der es einen Frauen/Lesben-Block gab, und in deren Verlauf mehrere Hunderte TeilnehmerInnen eingekesselt und festgenommen wurden.
- um die Frauen/Lesben-Demonstration am 9.Marz 1996 in Bonn unter dem Motto „Fur den weltweiten Frauen/Lesben Befreiungskampf! Freiheit fur Kurdistan!", an der mehrere Tausend kurdische und einige Hundert deutsche Frauen/Lesben teilnahmen. Unter dem Vorwand „Zeigen verbotener Symbole des kurdischen Befreiungskampfes" wurde die Demonstration uber 9 Stunden lang eingekesselt.
- um die Frauen/LesbenSolidaritäts-Kundgebung am 18.7.96 in Köln zu dem Hungerstreik von turkischen und kurdischen politischen Gefangenen in turkischen Gefangnissen. Es nahmen ca. 40 Frauen/Lesben daran teil. Nach ihrer Auflosung wurden die Frauen/Lesben massiv von den Bullen angegriffen: es kam zu 10 Festnahmen, wobei 2 Frauen schwer verletzt wurden.

Konkret handelt es sich bei den Verfahren um folgende:

- gegen zwei Frauen, die bei der Demonstration am 18.11.95 festgenommen wurden, findet (vorraussichtlich Anfang 1997) ein Prozeß in Brühl wegen Widerstand und Körperverletzung statt.
- gegen zwei Frauen wird wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und das Vereinsgesetz ermittelt, weil sie die 9. März-Demonstration angemeldet haben,
- gegen eine Frau wird wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz ermittelt, die an der Frauen/Lesben-Kundgebung am 18.7.96 in Köln teilgenommen hat.
- gegen eine Frau wird auch im Zusammenhang mit der Köln-Kundgebung wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz ermittelt.
- eine dritte Frau, die ebenfalls an der Kundgebung am18.7. teilnahm, bekam unvermutet eine Zahlungsaufforderung uber 69 Mark, weil eine Bullette angeblich eine Knieverletzung hat. Wenn sie der Zahlungsaufforderung nicht nachkommt, droht ihr ein Ermittlungsverfahren wegen Korperverletzung.
- Im gleichen Zeitraum (Frühjahr/Sommer 96) machte der Verfassungsschutz Anwerbeversuche in Marburg, Braunschweig und Freiburg gegen zwei deutschen Frauen und einer nichtdeutschen Frau.

Diese repressiven Maßnahmen gegen Einzelne aus verschiedenen Städten sollen abschrecken, sich solidarisch zum kurdischen (Frauen-)Befreiungskampf zu verhalten, und haben zum Ziel, die internationalistische Frauen/Lesben-Bewegung von den Kurdinnen zu spalten.

Die Repression gegen uns steht im Zusammenhang mit der massiven Verfolgung der KurdInnen in der BRD. Hunderte von KurdInnen sitzen in deutschen Knästen wegen Verstoß gegen das Vereins-Gesetz, weil sie angeblich die Arbeit der seit dem 26.11.93 verbotenen PKK weiterführen. In Hamburg, Stuttgart und Frankfurt laufen vor den Oberlandesgerichten § 129a - Prozesse wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer angeblich terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK. In Dusseldorf und Munchen werden demnächst ebensolche Prozesse eröffnet. Immerwieder werden großangelegte Haus- und Vereinsdurchsuchungen durchgefuhrt. Abschiebungen von KurdInnen in die Turkei, wo sie Knast, Folter und Tod erwarten dauern unvermindert an. Für KurdInnen gilt hier ein faktisches Verbot der politischen und kulturellen Betätigung.

Um diesen Krieg hier in der BRD und in Kurdistan weiter durchziehen zu können, soll jede Solidarisierung verhindert werden.

Wir bekampfen dieses System und seine weltHERRschaftlichen Vernichtungsfeldzüge. Und so verbunden wir uns mit den kurdischen Frauen, die für ihre Freiheit und untrennbar davon für die Freiheit Kurdistans kämpfen.

Unser Ziel ist es, die Vereinzelung von uns Frauen/Lesben zu durchbrechen und eine sich internationalistisch bestimmende Frauen/Lesben-Bewegung aufzubauen.

Darin ist fur uns eine wichtige Haltung: gegen alle Spaltungs- und Abschreckungsversuche unsere Einheit weiter zu erkämpfen.

FÜR DEN AUFBAU EINER STARKEN FRAUEN/LESBEN-BEWEGUNG WELTWEIT

FREIHEIT FÜR KURDISTAN

Bestelladresse fur Dokumentation vom 9.3.96 und
Adresse fur Frauen/Lesben, die ebenfalls in diesem Zusammenhang von (Ermittlungs-) Verfahren betroffen sind :
Komitee zur Vorbereitung des 9.3.96
c/o FrauenLesben Referat, AStA der JLU, Otto-Behagel Str. 25d, 35394 Gießen

Die nachfolgende Erklärung wurde von FrauenLesben auf einem internationalen Treffen in Paris verfaßt. Es ist eine Solidaritätserklärung mit den Kämpfen der Frauen in Algerien, die ihr Leben, ihre Würde und ihre Menschenrechte gegen ein totalitäres Militärregime und gegen (im Falle Algeriens islamische) Fundamentalisten verteidigen.
Die Erklärung wurde zum 25.11.96 (jährlicher internationaler Frauenkampftag gegen alle Formen von Gewalt gegen Frauen) herausgegeben. Sie löste in feministischen Gruppen, auch in der BRD, bereits Diskussionen aus. Ein Diskussionsbeitrag wurde uns schriftlich zugesandt: wir schließen uns der darin ausgedrückten Kritik an.
Wir fordern die angesprochenen Zeitungen auf, diesen Einleitungstext, die Erklärung und die Kritik zusammen zu veröffentlichen, als Ausdruck gemeinsamer Solidarität mit dem Kampf der algerischen Frauen.

MONDSICHELN,
Gneisenaustr. 2 A, 10961 Berlin

Erklärung 25.November: Internationaler Kampftag gegen jede Form von Gewalt gegen FrauenLesbenMädchen

Wir, internationalistische und feministische Frauen und Lesben aus verschiedenen Kontinenten, haben uns am 19. und 20. Oktober 1996 in Paris getroffen, um jeder Form von Fundamentalismus den Kampf anzusagen.
Wir rufen dazu auf, am 25.November 1996 unsere Solidarität mit den Frauen unter dem islamischen Gesetz (Scharia) auszudrücken. Wir haben uns getroffen, um die Konsequenzen der Welthandelsordnung auf die Lebensbedingungen von FrauenLesben zu diskutieren.

Am Beispiel Algerien zeigt sich, wie die Imperialisten mit ihrer Welthandelsordnung, den Instrumenten IWF und Weltbank Strukturanpassungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung durchsetzen.
1986: Sturz des Ölpreises auf dem Weltmarkt. Dieser Preissturz hatte zur Folge, daß die algerische Regierung in den Bereichen Bildung, Grundnahrungsmittel, soziale Grundleistungen die Subventionen kürzt und Kredite streicht. Infolge dieser Maßnahmen fanden am 5. Oktober 1988 Volksaufstände im ganzen Land statt, die als „Brotunruhen" bezeichnet wurden. Nur einen Monat vorher hatten die Machthaber die Führung der Gewerkschaften und der fortschrittlichen Bewegungen verhaftet. Das Regime übernahm einerseits die militärische Niederschlagung der Aufstände und überließ andererseits den Fundamentalisten in den Moscheen und Stadtteilen über soziale Aktivitäten die Kontrolle über das Volk. Zu diesem Zeitpunkt verschärfen die Fundamentalisten die Gewalt gegen Frauen. Die demokratische Öffnung 1989 bis 1991, die das algerische Regime als Folge des Widerstandes der Bevölkerung zugestanden hatte, war nur ein Täuschungsmanöver: Ein Clan der Militärs hatte die Strategie, den Machteinfluß der Fundamentalisten auf das Volk zu verankern und zu stabilisieren, um selbst weiter an der Macht zu bleiben. Die Folge davon war, daß während der Wahlfarce 1991 die Fundamentalisten einen überwältigenden Erfolg verbuchen konnten. (Von Wahl kann sowieso keine Rede sein, da algerische Männer schon viele Jahre das „Recht" haben, für „ihre" Frauen zu wählen) Zu diesem Zeitpunkt sah ein anderer Clan der Armee seine Interessen bedroht und machte einen Staatsstreich. Seit diesem Staatsstreich kann frau beobachten, daß ab 1992 auf Serien von Attentaten jeweils Serien von Strukturanpassungen durch den IWF folgten. Das faschistische Bündnis zwischen Militärs und Fundamentalisten hat zum Ziel, das Volk zu unterwerfen, und eine Apartheitsgesellschaft gegen die Frauen zu konstituieren.
Das algerische Modell ist ein typisches Beispiel für die Zusammenarbeit von Imperialisten und Fundamentalisten zur Festigung des Patriarchats: Die Strukturanpassungsprogramme sind die Ursache für die Verarmung der Bevölkerung. Dies ist der Nährboden für Fundamentalismus/Faschismus. Durch z.B. Privatisierung des Öffentlichen Dienstes wird die nationale Ökonomie dereguliert..In dieser Krise werden die Frauen an Heim und Herd zurückgeschickt, verlieren ihre finanzielle Unabhängigkeit und werden zu Gebärmaschinen degradiert. Hierbei bedienen sich die Imperialisten der regionalen, kulturellen und religiösen Werte, um ihre Neue Weltordnung durchzusetzen.

Wir, antiimperialistisch Feministinnen, verurteilen die Komplizenschaft und die uneingeschränkte Unterstützung der westlichen Regierungen für die fundamentalistischen Bewegungen: der Führer der GIA (Groupe islamique armee) sitzt in Washington und Abdelkader Kebir, der Führer der FIS (Islamische Heilsfront) in Bonn.

Wir rufen zur internationalen Solidarität auf:
Keine Unterstützung, kein Asyl für Fundamentalisten!
Unabhängiges Aufenthaltsrecht für FrauenLesbenMädchen!
Anerkennung sexistischer/heterosexistischer Verfolgung als Asylgrund!

Es lebe die internationale feministische Solidarität über alle Grenzen hinweg!

FÜR FRAUENBEFREIUNG WELTWEIT

Wir unterstützen den Kampf der Algerierinnen gegen die Gewalt, Unterdrückung und gegen den Krieg, der von der FIS (Islamische Heilsfront) und anderem Gruppierungen gegen sie geführt wird.
Um diesen Kampf zu unterstützen verbreiten wir die nachfolgende Erklärung zum 25. November, obwohl wir Kritik daran haben. Wir stellen unsere Kritik in kurzer Form dar und hoffen damit die notwendige Diskussion zur Situation in Algerien (aber auch in Frankreich, wo viele algerische Migrantinnen und Migranten leben) anzuregen und voranzubringen.

Wir kritisieren, daß in dem Aufruf durchgängig von "den Fundamentalisten" gesprochen wird, ohne daß erklärt wird, wer genau damit gemeint ist.
Es gibt unterschiedliche Arten von Fundamentalismus: Islamischen, christlichen, jüdischen, hinduistischen und sicher noch viele mehr. Bei dem Begriff Fundamentalismus wird stets zuerst (oft als einziges) an islamischen Fundamentalismus gedacht.
Da es in der BRD kaum Auseinandersetzungen zu Fundamentalismus gibt, wird dieser Begriff auch von unterschiedlichen Menschen verschieden definiert und benutzt. Für manche sind bereits alle Kopftuchträgerinnen aus dem arabischen Raum Fundamentalistinnen, für andere sind es die strenggläubigen Musliminnen und Muslime, für wieder andere diejenigen, die ihre religiösen Vorstellungen mit Gewalt durchzusetzen versuchen, um nur ein paar der Definitionen herauszugreifen.
Aus diesem unklaren Verhältnis heraus halten wir die undefinierte Benutzung des Begriffes "der Fundamentalisten" für gefährlich, da es dem immer mehr umsich greifenden "Feindbild Islam" Vorschub leistet. Ein Feindbild, bei welchem bewußt nicht mehr zwischen islamisch und islamistisch = integristisch = fundamentalistisch unterschieden wird. Dieses Feindbild wird dazu benutzt, (nach dem Wegfall des Feindbildes Sowjetunion / Kommunismus), den "inneren Frieden" innerhalb der westlichen Staaten zu stabilisieren und die Ausbeutung der arabischen Staaten (notfalls auch mittels offenem Krieg, wie im Irak), zu rechtfertigen. "Es sind die fanatischen Massen im Irak, die "UNSEREN" Zugang zum Öl gefährden".
Darüber hinaus finden wir die Parole "kein Asyl für Fundamentalisten" schwierig, da wir es dem Staat und den Repressionsorganen nicht überlassen wollen, zu definieren, wer ein Fundamentalist oder eine Fundamentalistin ist. Damit würden der willkürlichen Repression gegen Migrantinnen und Migranten die Türen und Tore noch weiter geöffnet als es sowieso schon der Fall ist.
Unsere Solidarität gehört allen FrauenLesben, die gegen patriarchale Gewalt und Unterdrückung kämpfen, ganz gleich in welchen Deckmantel diese sich hüllt; ganz gleich ob sie von Christen, Muslimen, Juden, Staaten, Parteien, Cliquen oder sonstwem ausgeht.

FrauenLesben Kurdistan Solidaritätskomitee Hamburg November 1996

Unvollständige Chronik Kleine Hamburger Str. 5

27. März 1996

Nach einem Räumungsbefehl gegen eine einzelne Bewohnerin, läßt Innenblöd Schöntor, das seit 6 Jahren besetzte Haus Kleine Hamburger Str. 5 räumen.

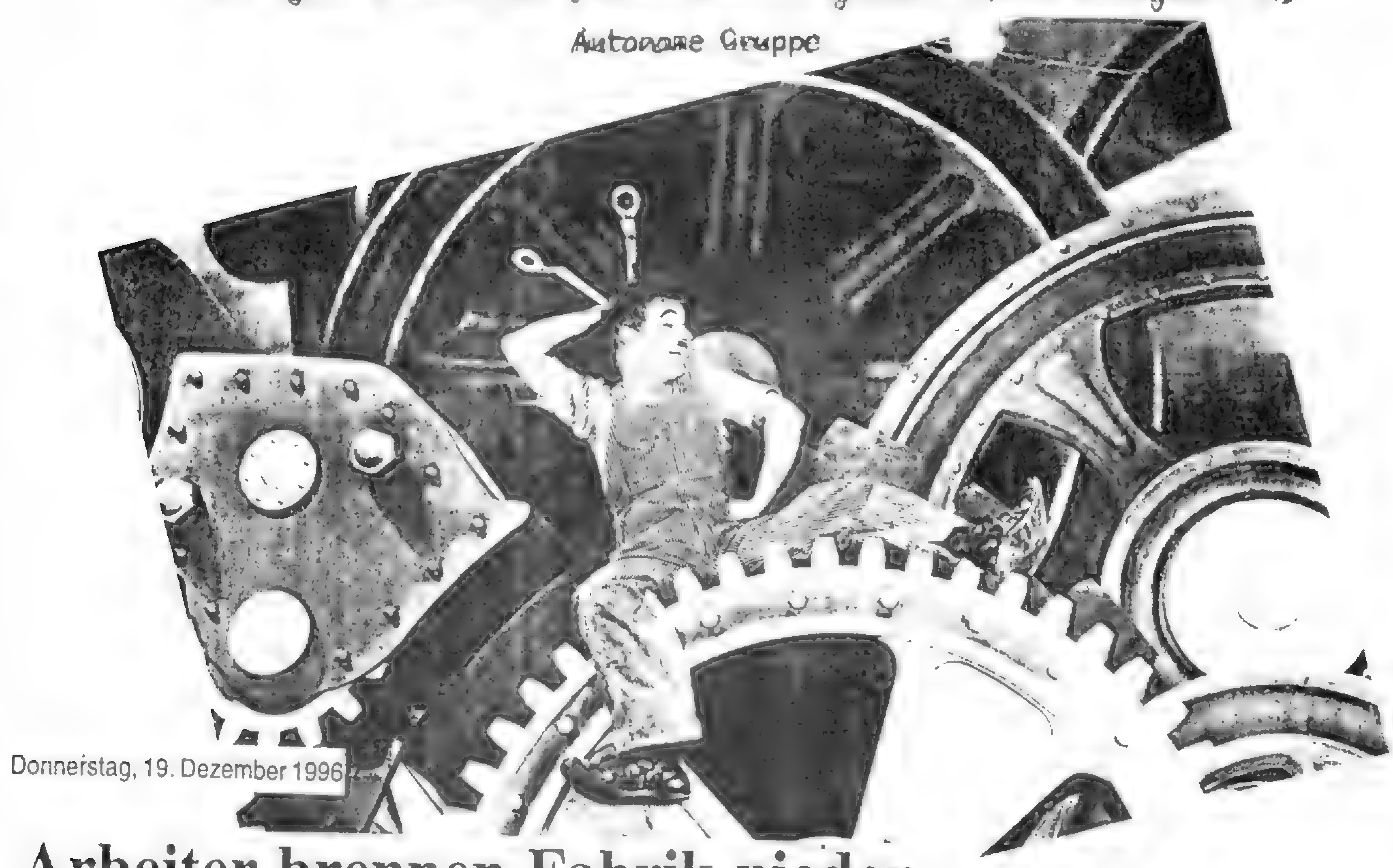
28. März 1996

Unter polizeischutz beginnen Bautrupps (unter anderem Firma Schmohl) mit der Sanierung, indem sie Wände einreisen, Fenster zerschlagen, sanitäre Einrichtungen und Öfen zerstören.

24. Dezember 1996

Ein Bauwagen der Firma Schmohl wird durch einen Brandsatz weitgehend zerstört. (Bauunternehmung Schmohl, Rodenbergstr. 12)

Autonome Gruppe



Donnerstag, 19. Dezember 1996

Arbeiter brennen Fabrik nieder

Sanyo-Werk in Bangkok im Streit um Bonuszahlung zerstört

BANGKOK, 18. Dezember (ap). Rund 2000 thailändische Beschäftigte eines japanischen Elektronikkonzerns haben am Dienstag abend ihre Fabrik niedergebrannt, nachdem die Verhandlungen über die jährliche Bonuszahlung gescheitert waren. Dem Brand fielen der Hauptsitz, Lager und eine der Produktionsanlagen des Sanyo-Konzerns zum Opfer, der in Thailand Kühlschränke, Fernsehgeräte und Kompressoren bauen läßt.

Nach ersten Schätzungen handelt es sich um den größten Schaden, der bislang in Thailand aus einem Arbeitskampf heraus entstanden ist. Ministerpräsident Chavalit Yongchaiyudh eilte noch am Dienstag zum Sanyo-Gelände in Bangkok. Regierungsvertreter befürchteten, der Zwischenfall könnte ausländische Investoren abschrecken. Sanyo hat zwei Fabriken in Bangkok und zwei in der Provinz.

Nach Angaben der Zeitung *Bangkok Post* hatte Sanyo seinen Beschäftigten eine Sonderzahlung in Höhe von drei Monatsbezügen für dieses Jahr angeboten, nachdem im vergangenen Jahr ein Bonus von 5,75 Monatsbezügen gezahlt worden war. Derartige Sonderzahlungen sind in Thailand üblich, selten aber so hoch wie bei dem japanischen Unternehmen. Die Zeitung *The Nation* berichtete darüber hinaus, daß die Arbeiter gegen eine Managemententscheidung opponierten, die Verlegung der Produktion in die östliche Provinz Prachinburi mitzumachen. Wer zu dem Umzug nicht bereit sei, werde entlassen.

Der Unmut der rund 2000 Arbeiter in dem Gelände habe sich in Stein- und Flaschenwürfen Luft gemacht. Dann seien hölzerner Abfall und Kühlschränke angesteckt worden. 400 Polizisten seien zum Firmengelände geschickt worden, hätten die Arbeiter aber nicht stoppen können.

Die südkoreanische Regierung geht mit harter Staatsgewalt gegen die Arbeiterbewegung vor. Für beide Seiten geht es ums Ganze

Wie jeden Morgen seit Beginn der größten organisierten Streikwelle in der südkoreanischen Geschichte streckte der Arbeiterführer Bae Bun Sik gestern auf den vereisten Pflastersteinen vor der Myongdong-Kathedrale in Seoul seine Hände gen Himmel. Er tat es weder, um Gott, noch um die Zigtausende von Streikenden im ganzen Land anzurufen. Bae Bun Sik machte nur seine täglichen Morgenübungen.

Den sportlichen Vergnügungen eines ihrer derzeit gewichtigsten Gegner droht die südkoreanische Regierung nun ein Ende zu setzen. Gestern beantragte die Seouler Staatsanwaltschaft – offenkundig auf Regierungsbefehl – die Festnahme Baes und sechs weiterer Streikführer des gesetzlich nicht anerkannten Gewerkschaftsdachverbandes KCTU (Korean Confederation of Trade Unions). Seit Tagen haben die Spitzen der KCTU ihre Streikzentrale behelfsmäßig in einem Zelt vor den schweren Mauern des römisch-katholischen Himmelsbaus in der Mitte Seouls errichtet. Es sind Männer in ihren Vierzigern und Fünfzigern, geprüft vom jahrelangen Kampf gegen die Diktatur, der unter Führung von Gewerkschaften und Studenten 1987 in den Sieg der Demokratie mündete. Doch es sind keine Radikalen mehr.

„Wenn der Streik der Wirtschaft wirklich ernsthaft schadet, dann muß der Präsident mit uns reden", sagt Kwan Young Kil, Vorsitzender des KCTU und ein Zeltgenosse Baes, den die Staatsanwaltschaft ebenfalls verhaften lassen will. Kwon, 55, der jetzt mit seinem roten Parolen-Stirnband als kämpferischer Streikeinheizer über westliche Bildschirme flimmert, ist in Wirklichkeit ein leise auftretender, um ständigen Dialog bemühter Typ. Mit den mit Eisenknüppeln und Helm bestückten Demonstranten, die sich gestern wenige Schritte von der Myongdong-Kathedrale entfernt mit Polizisten prügelten, will Kwon nichts mehr zu tun haben.

1987 kämpfte man noch zusammen. Doch diese Zeiten sind vorbei. Seit Jahren grenzt sich der KCTU von den radikalen Studentenbewegungen an den Seouler Universitäten ab, die in der Vergangenheit gleichwohl als einzige lautstark eine Abschaffung der Gesetze forderten, die Kwon und seine Leute schon heute wieder ins Gefängnis bringen können.

Die Lage ist verflixt: Am vierten Streiktag nach der Neujahrspause ist die Regierung in Seoul noch keinen Schritt zurückgewichen. Trotz der zahlreichen Ausstände, an denen gestern nach Gewerkschaftsangaben 200.000 und nach Regierungsangaben 70.000 Arbeiter teilnahmen, hat Präsident Kim Young Sam eine Rücknahme der am 26. Dezember verabschiedeten und von den Streikenden seither bekämpften Arbeitsgesetze kategorisch ausgeschlossen.

Für beide Seiten geht es um alles oder nichts: Die Abschaffung des lebenslänglichen Kündigungsverbots, die das neue Gesetz bewirkt, ist ein Todesurteil für die Gewerkschaften, denn ihre Stärke und Streikfähigkeit beruht auf der Sicherheit der Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz nicht verlieren können. Da paßt es ins Bild, wenn das neue Gesetz in Zukunft den Einsatz von Streikbrechern und Teilzeitbeschäftigung erlaubt.

Gleichwohl kündigt die Regierung in Seoul den Sozialkonsens nicht ganz ungezwungen auf. Die Börse hat ein Vierjahrestief erreicht, das Leistungsbilanzdefizit ist 1996 auf 36 Milliarden Mark gesunken, während die Löhne seit 1991 um jahresdurchschnittlich 15 Prozent stiegen. Das offiziell prognostizierte Wachstum von 6,4 Prozent für 1997 scheint schon heute unerreichbar. Am Ende des Jahres aber stehen Präsidentschaftswahlen.

Unklar bleibt bis heute, auf welcher Seite die breite Masse der Bevölkerung steht. In den letzten Tagen boten streikende Automobilarbeiter kostenlose Reparaturen auf den Straßen an, um die Sympathien des Volkes zu gewinnen. Im Gegenzug rechnet die Regierung die Streikkosten für die Wirtschaft auf mehrere Milliarden Mark hoch.

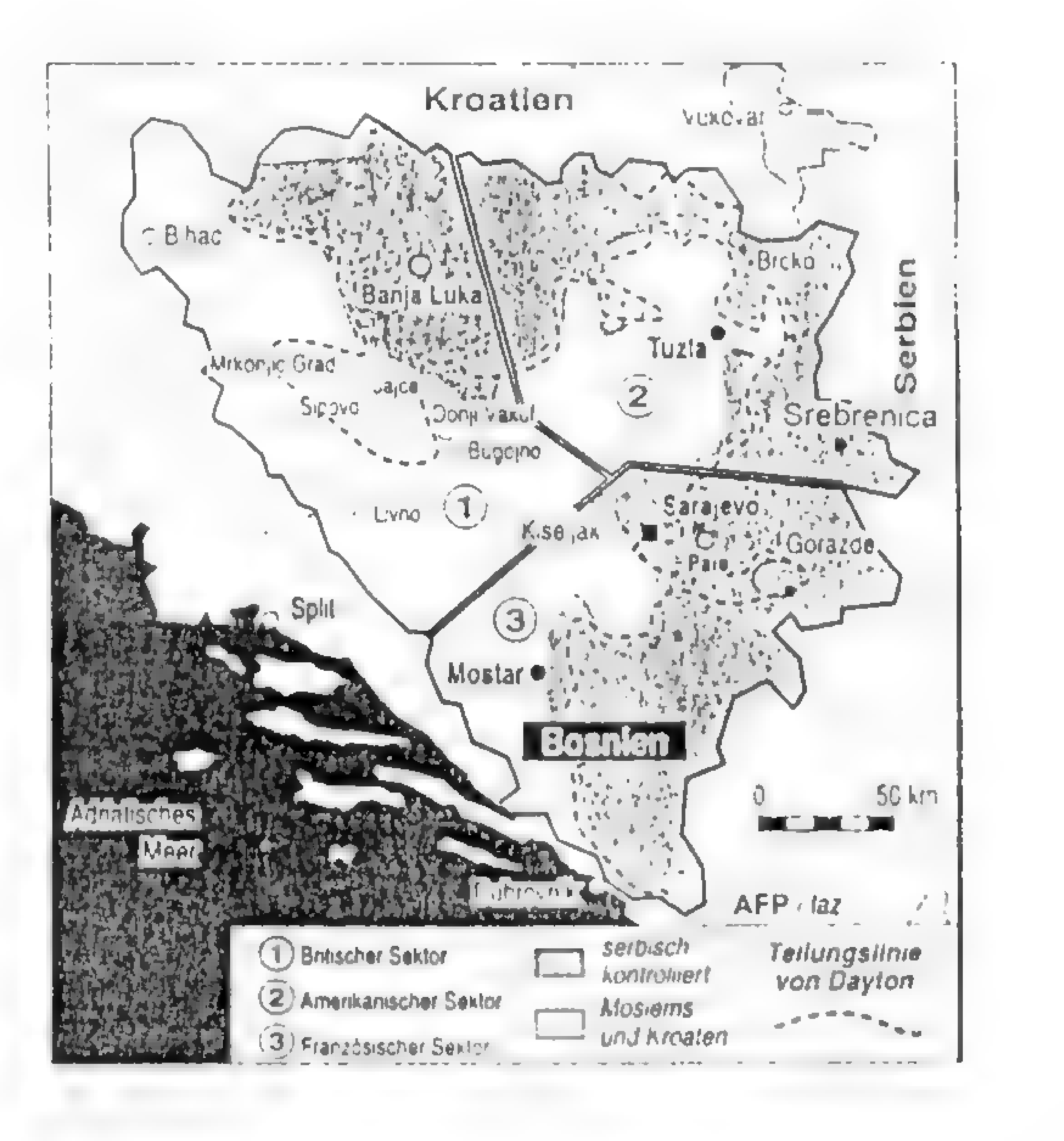
Wenn jetzt die Wortführer der Bewegung hinter Gitter wandern, könnte das dem Protest bereits den Rücken brechen. Vor allem würde das Verschwinden der KCTU-Führung dem unter der Diktatur aufgebauten, regierungsnahen Gewerkschaftsdachverband FKTU (Federation of Korean Trade Unions) wieder die Oberhand über die Streikbewegung verschaffen. Der FKTU aber hat kein Interesse an der gesetzlichen Anerkennung des Konkurrenzverbandes, die von den neuen Arbeitsgesetzen auf das Jahr 2002 verschoben wurde und ein Anstoß der Proteste bildet.

„Ich mache mir keine Sorgen, weil ich weiß, daß es ohnehin passiert", sagt Gewerkschaftsboß Kwon über seine bevorstehende Verhaftung. Schon im Mai 1996 saß Kwon wegen einer einzigen Streikrede in der U-Bahn für fünf Monate ein. Immerhin: Den Morgensport kann sein Kollege Bae auch im Knast fortsetzen, er gehört dort zum Sträflingsprogramm.

„Wir mögen hier keine Disziplin!“

Ein Video vom Osteuropa-Archiv im Papiertiger über Lebens- und Arbeitsbedingungen in Tuzla, Bosnien

Das Video ist in der Folge zweier Besuche in Tuzla - im Januar und September 1996 - entstanden. Dort sprachen wir mit ArbeiterInnen, Gewerkschaftsfunktionären und Angehörigen der Betriebsleitungen einiger Bergwerke, sowie mit Vertriebenen aus Ostbosnien



Seit Anfang 1991 beschäftigen wir uns genauer mit der Situation in Ex-Jugoslawien. Im Laufe des Krieges sahen wir eine Möglichkeit der praktischen Solidarität in der Unterstützung der Bevölkerung Tuzlas. Dort waren Widerstandsstrukturen entstanden, die - teilweise selbstorganisiert - die Aggression der Nationalisten zurückzuschlagen vermochten. So kämpfte z.B. ein Teil der ArbeiterInnen der Bergwerke in einer eigenen Brigade gegen die angreifenden nationalistischen Verbände. Der andere Teil arbeitete weiter im Bergwerk, um die Versorgung der Region mit Kohle und Energie aufrecht zu erhalten. In der Unterstützung dieser Strukturen bot sich die Chance direkten Kontakts und Austausches.
Wie bei vorangegangenen Besuchen in anderen Republiken Ex-Jugoslawiens erfuhren wir, daß nicht hoffnungslos verhetzte und geblendete Bevölkerungsgruppen aufeinanderschlugen. Die ganze Zeit über gab es starken Widerstand gegen die nationalistische Aufspaltung der Bevölkerung und die Teilung Bosnien-Herzegowinas.

Die Region Tuzla ist vor allem von der Industrie geprägt: Bergbau-, Energie-, Chemie-, Textil- und Elektroindustrie. Die ArbeiterInnen in diesen Industrien hatten sich im Laufe der Entwicklung Jugoslawiens gute Bedingungen erkämpft. Diese Kämpfe wurden an den Institutionen vorbei organisiert: es gab keine feste Organisation, informelle Strukturen waren die Basis der Kämpfe.

Der Krieg der Nationalisten wurde gegen diese Strukturen geführt. Wir wollten bei unseren Besuchen in Tuzla erfahren, wie sich die Lebensbedingungen durch den Krieg geändert haben und was von dieser Gegenmacht noch übrig geblieben ist. Diesem Zusammenhang sind wir an Hand der Bergarbeiter und der Vertriebenen nachgegangen.

Der letzte Höhepunkt der Vertreibungen war die Einnahme Srebrenicas durch die bosnisch-serbische Armee. Die Vertriebenen forderten seit ihrer Ankunft in Tuzla von den internationalen Organisationen ihr Rückkehrrecht ein. Ende Januar und Anfang Februar '96 kam es zu massiven Protestaktionen - vor allem der Frauen aus Srebrenica - gegen die Ignoranz der internationalen Organisationen und der bosnischen Regierung ihren Forderungen gegenüber.
Ein Jahr nach dem Vertragsabschluß von Dayton (Dezember '95) hat sich daran nichts geändert. Der Vertrag und seine Umsetzung zementieren die Aufteilung des Landes und damit die Vertreibungen.

Die im September von der Innenministerkonferenz der BRD beschlossenen Abschiebungen der bosnischen Kriegsflüchtlinge folgen der gleichen Logik. Nicht genug, daß den Flüchtlingen das Bleiberecht vorenthalten wird, können sie auch nicht dorthin zurückkehren, wohin sie wollen; sondern sie sollen dorthin abgeschoben werden, wohin der jeweilige Kriegsgegner sie vertreiben wollte. Erst die Tatsache, daß den Flüchtlingen verwehrt wird, ihren Wohnort selbst zu bestimmen, setzt die Vertreibungen endgültig durch. In Bosnien angekommen würde dann noch die Bundeswehr darüber wachen, daß die Abgeschobenen diese Aufteilung nicht in Frage stellen.

Seit dem Frühjahr 1996 hat es mehrere Versuche von Vertriebenen gegeben, in ihre früheren Wohnorte zurückzukehren. In drei uns bekannten Fällen konnten sich die Vertriebenen gegen die IFOR und die serbische Polizei durchsetzen - die Dörfer Dugo Dijelo, Mahala und Jusici liegen auf dem serbischen Territorium.

das Video wird gezeigt am Mittwoch, den 22.1.1997, im Anschluß an die Volksküche, um
20:00 Uhr im
Thommy-Weißbecker-Haus
Wilhelmstr.9
10963 Berlin

Erklärung zur Aktion gegen den antisemitischen Mob in Teltow-Seehof

„Arisierungs“profiteure enteignen!

***Teltow-Seehof* - wir, Leute aus MigrantInnen- und antideutschen Gruppen, haben am Sonntag, dem 22. Dezember, in dieser grausigen Siedlung demonstriert, um deutlich zu machen, wie sehr uns der hier ansässige antisemitische Mob anwidert. Zumindest zum vierten Advent wollten wir die festliche Stimmung stören. Nach dem Urteil zu ihren Gunsten freuen sich die Bürgerinnen und Bürger von Teltow-Seehof bestimmt ganz besonders auf ihre deutsche Weihnacht - und wir waren gekommen, auf daß ihnen der Gänsebraten im Halse stecken bleibt.**

Teltow-Seehof - hier hat es nach Auffassung des Potsdamer Verwaltungsgerichts zwischen 1934 und 1936 einen normalen Grundstücksverkauf gegeben. 1934 wurde der Preis von 2,50 bis 3 Reichsmark ausgehandelt und das ehemalige Gut wechselte den Besitzer. Daß die Besitzer, die ihr in verschiedene Grundstücke parzelliertes Gut verkauft haben, Juden waren - das macht, geht es nach dem deutschen Gericht, noch keine „Arisierung“ - so das Nazi-Wort für die Enteignung des Vermögens von Juden -, schließlich sei der Preis anständig gewesen.

Teltow-Seehof - hier wohnen anständige deutsche Bürgerinnen und Bürger, für die sich seit 1933 nichts geändert hat. Einmal Volksgemeinschaft, immer Volksgemeinschaft. Diese Bürgerinnen und Bürger wohnen auf Grund und Boden, der einstmals Juden gehörte. Das wäre kein Problem für diese Bürgerinnen und Bürger, wäre es dem Juden Sabersky nicht gelungen, zu fliehen und auch noch Nachfahren in die Welt zu setzen, die nun eine Entschädigung für begangenes Unrecht verlangen. Welches Unrecht? fragen die Deutschen von Teltow-Seehof, sie wüßten von gar nichts, behaupten sie. Sie wohnten hier schließlich erst seit 1965 oder so. Aber über den Juden, tönen sie, wissen wir alles.

Teltow-Seehof - hier wohnt eine ganz besonders aufrechte Bürgerin, Traudel Herrmann. Sie hat recherchiert. Sie hat herausgefunden: „Die Saber-skys wollten nie ein Gut betreiben, sondern nur an den Grundstücken am Rande Berlins verdienen.“* Gerade sie habe nachgewiesen, daß die geldgierigen Juden halt nur Geschäfte im Sinn haben - bis heute. Traudel Herrmann gründet eine BI, eine Bürgerinitiative, und alle anständigen Deutschen machen mit. Gerade ihre BI sei es gewesen, „die nachweisen konnte, daß es sich um eine völlig normale geschäftliche Transaktion gehandelt habe.“ Nationalsozialismus war nicht so schlimm, sagt Frau Herrmann: „Im übrigen seien die Saberskys völlig legal 1939 nach Paris ausgereist,“ und will damit sagen: die Juden haben nicht mal richtig flüchten müssen. „Daß (...) ein Familienmitglied der Saberskys bis 1945 in Deutschland leben konnte, vergißt sie nicht zu erwähnen.“ Da haben ihre Vorfahren wohl nicht ganze Arbeit geleistet, und Traudel Herrmann und ihre 150 Mitstreiter sollens nun ausbaden.

Teltow-Seehof - „'Der Sabersky hat 1936 kassiert. Wir haben unser Grundstück 1965 gekauft und jetzt soll ich mich freikaufen', empört sich ein Teltower in einem Radiointerview. (...) Auch dafür hat Frau Hermann Verständnis. 'Die haben uns solange gepiesackt, jetzt bestehen wir auf unserem Recht.'“ Hier offenbart sich Geschichtsbewußtsein in seiner ganz eigenen deutschen Form: Als würde die Tatsache, erst 1965 sein Grundstück erworben zu haben, etwas daran ändern, daß man von der Vertreibung und Vernichtung der Juden profitiert hat. Aber schließlich haben uns die Juden „solange gepiesackt“, da ist natürlich die deutsche Justiz gefordert, deren Rechtsauffassung es schon immer war, jedes Verbrechen freizusprechen, solange es nur im Namen Deutschlands begangen wurde. Und Frau Herrmann und ihre Mitstreiter haben ja auch Recht bekommen, reines deutsches Recht

Café Morgenland, KöXüZ, ak kassiber, Teltow-Seehof, 22.12.1996

---

* alle Zitate aus der taz berlin vom 18.12.96

Dem antisemitischen Mob den Boden entziehen

Einige Gedanken zum 3.Oktober

Jedes Jahr gibt es den 3 Oktober und seit einigen Jahren auch immer wieder die Frage Was machen 'wir' an diesem Tag? In der Linken von Autonomen, Antifa, Anti-Imps über die Reste der K-und ML-Gruppen bis hin zur PDS und sogar Teilen der Grünen herrscht Einigkeit darüber, daß es kein Tag zum Feiern ist, zumindest nicht im herrschenden Sinne Also den Tag einfach so vorüberstreichen lassen, den Feiertag und das Ausschlafen genießen oder aber aktiv werden, zu einer der Demos fahren, die an den unterschiedlichsten Orten angeboten werden Und wo? Dort wo sich die Elite zum Feiern versammelt? - Also in der Landeshauptstadt, dessen LandespräsidentIn gerade die Bundesratspräsidentschaft innehat (dieses Jahr war das München, nächstes Jahr wird es Stuttgart sein) oder in Berlin, wo es eine BürgerInnen-Jubelparade gibt, oder in anderen Städten, wo sich einige demonstrationswillige Menschen zusammenfinden?

Wir meinen, daß es eine Notwendigkeit gibt, gerade an diesem Tag den herrschenden Jubelfeiern etwas entgegenzusetzen An diesem Tag feiert die geladene Elite im kleinen Kreis die 'gelungene' Einheit, propagiert das neue Nationalgefühl und läßt die tatsächlichen Zustände im Land vergessen. Sozialabbau, die steigende Arbeitslosigkeit, der tägliche Rassismus die ständigen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, KZ-Gedenkstätten, die 'normale' Abschiebepraxis, etc all das soll mit dem neuen 'Nationsbewußtsein' - wir sind wieder wer - überdeckt werden, der 3 Oktober ist die Gelegenheit zur Präsentation Neben der Feier der Elite sollen Jubelparaden und BürgerInnenfeste wie etwa in den USA oder Frankreich etabliert werden - endlich hat auch Deutschland einen Nationalfeiertag, an dem die nationale Potenz gezeigt werden kann. Noch gibt es keine Militärparade wie in Frankreich, noch ist alles etwas 'verschüchtert', aber das öffentliche Gelöbnis vor dem Berliner Schloß Charlottenburg im Juni haben gezeigt, daß der Weg dahin nicht mehr allzu weit ist

Der 3 Oktober ist also so etwas wie ein Symbol für das neue Großmachtstreben Deutschlands

Was können wir dem entgegensetzen? Außer einer großen (von welchem Charakter auch immer) Demonstration fällt uns nicht viel ein Sie sollte allerdings inhaltlich über ein 'Nie wieder Deutschland' hinausgehen Vielmehr lassen sich an so einem Tag eigentlich alle Themen mit denen sich die Linke derzeit beschäftigt thematisieren - Rassismus, der Umgang mit Flüchtlingen, die Abschiebepraxis, Antifa, faschistische Kontinuitäten, sexistischer Alltag; der (neue) Militarismus und die Bundeswehreinsätze im Ausland, Waffenexporte und logistische Unterstützung: die Wirtschaftsgroßmacht Deutschland und der Trikont, die sozialen Kürzungen, Arbeitslosigkeit, (neue) Armut; Repression, Atompolitik, Bioethikkonvention, etc etc. Aber sollen auch alle diese Themen (und mehr) zu einer Demonstration zusammengefaßt werden? - Das würde dann wahrscheinlich wieder unter 'Nie wieder Deutschland' zusammengefaßt werden Da wäre es doch sinnvoller, sich für jeden neuen 3 Oktober (ein Ende ist ja erstmal nicht in Sicht) sich einen anderen Themenschwerpunkt auszusuchen, zu dem es dann auch mehr inhaltliche Arbeit geben könnte

Die nächste Frage ist die Frage des Ortes - zunächst wir fänden es sinnvoll, 'nur' **eine** linke(radikale) Demonstration an jenem Tag zu veranstalten, ganz einfach deshalb, weil die Linke im Moment nicht so stark ist, als daß sie zwei oder drei große Veranstaltungen an einem Tag hinkriegt In diesem Jahr gab es zwei miteinander konkurrierende Veranstaltungen, die noch nicht einmal koordiniert waren Auch wenn München oder nächstes Jahr Stuttgart für die Nordstädte ziemlich weit sind, so gilt dies für die Südszene Deutschlands für die meisten anderen bundesweiten Veranstaltungen, die eher in Berlin stattfinden

Die Wahl des Ortes schließlich ist eine politische Einschätzung - ist Berlin als 'Hauptstadt' und Trägerin der zentralen BürgerInnenjubelfeiern der 'wichtigere' Demonstrationsort oder - nach dem föderalem Prinzip - die jährlich wechselnde Landeshauptstadt der Bundesratspräsidentschaft (bisher Hamburg, Schwerin, Saarbrücken, Bremen, Düsseldorf München, 1997 Stuttgart). Klar ist, daß bei der Wahl des letzteren Ortes jedes Jahr sich andere Leute, Gruppen und Bündnisse um die Organisation der Veranstaltung kümmern müssen Und da gibt es natürlich Städte, die über eine stärkere linke Szene verfügen als andere Ohne die Linken in jenen Städten jetzt beleidigen zu wollen - aber Stuttgart oder Erfurt haben sicher kleinere personale Möglichkeiten als Hamburg, Berlin oder auch Wiesbaden Und natürlich ist ein Ort, der eher in der Mitte Deutschlands liegt für eine bundesweite Demo günstiger als eine Stadt im absoluten Norden oder Süden, wo die Anreisezeit für das geographische Pendant über 8 Stunden liegt Trotzdem denken wir, daß die Gegendemonstration dort stattfinden sollte, wo auch die Eliten ihre Feierstunden abhalten Schließlich sollte zuerst einmal gegen die Politik der Herrschenden demonstriert werden und nicht gegen die feiernden und trägen BürgerInnen Und zusätzlich zu den offiziellen Feiern gab es außerdem in den meisten Städten ein BürgerInnenfest mit Ständen zum Fressen und Saufen, wo sich sogar einzelne PolitikerInnen auch kurz haben blicken lassen, um dort 'wichtige Worte' zu sagen. Außerdem konnte eben der jährliche Ortswechsel einen positiven Einfluß auf die örtlichen linken Strukturen haben, die sich mal wieder zu

trend onlinezeitung für die alltägliche wut

URL: http://www.berlinet.de/trend/ EMAIL: p_trend@zelalor.berlinet.de

TREND hat Geburtstag, ich denke wir sollten hingehn!

Am 18. Januar 1996 stand die erste Ausgabe des trend im WWW-Internet - unbeholfen gestaltet, inhaltlich in den Kinderschuhen steckend doch voller Elan, in diesen virtuellen gesellschaftlichen Raum reinzugehen, um dort Öffentlichkeit für linke&radikale Positionen zu schaffen. Nun, nach einem Jahr und etlichen tausend abgerufenen Seiten heißt es Zwischenbilanz ziehen. Unsere Erfahrungen wollen wir öffentlich vermitteln und mit den anderer Projekte vergleichen, dadurch hinzulernen und neue Kontakte herstellen. Was lag naher als im Vorfeld dieses Jubiläums mit anderen "BerliNet"-Onlinemagazinen eine gemeinsame Veranstaltung vorzubereiten, die nun aufgrund glücklicher Umstände - sogar genau am 18.1.- stattfinden wird. So hoffen wir, am 18.1. ganz viele unserer Berliner LeserInnen mal persönlich kennen zu lernen, offen für Kritik und Anregungen

Alles nur bunte Reklametafeln an der Datenautobahn?

Internet nutzen, im Internet publizieren

Der BerliNet e.V. und ONLINE-Magazine stellen sich und ihre Arbeit vor

Samstag, den 18. Januar 1997 um 15.00 bis 20.00 Uhr im Jugend- und Freizeitzentrum CHIP Reichenberger Str. 44, 10999 Berlin

(Nahe U-Bhf Kottbusser Tor / Görlitzer Bahnhof)

Internet, Info, Diskussion, Kaffee, Kuchen und Getränke

Eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit trend, dem ONLINE-Magazin für die alltägliche Wut Knallbonbon e.V. und dem BA Kreuzberg von Berlin

Bisher haben ihre Teilnahme zugesagt: Antirassistische Initiative (ZAG), Berliner Berichte, espero, Kurdistan-Rundbrief, Rote-Hilfe-Zeitung, Rundbrief antifaschistischer/ antirassistischer GewerkschafterInnen (RAG)

gemeinsamen Handeln aufraffen müssen. Und es konnten sich auch stadteübergreifende Kontakte ergeben - vielleicht ist das ja mal der Blick über den Tellerrand der Szene der eigenen Stadt.

Eine andere Frage ist die Frage nach Bündnispolitik. Gerade weil ein recht breites Spektrum Interesse an Gegenaktionen zum 3. Oktober hat, ließe sich dies zu Vorbereitungen auf einer größeren Ebene als nur der der autonomen Szene nutzen. Aber das müssen die vorbereitenden Städte selber wissen, inwieweit sie die Lust und Kraft aufbringen, sich in oft zermürbenden Diskussionen über lächerlich scheinende Details aufzureiben. Wenn das Bündnis schließlich klappt und hält, ist das Ergebnis sicher positiv - die Bündnisdemo in München in diesem Jahr hat gezeigt, daß es durch ein breites Bündnis gelingen kann, etwas aus dem kleinen autonomen Ghetto herauszugucken. Und eine Bündnisdemo heißt nicht, daß nicht etwa auch im Nach-oder Vorhinein die Herrschenden in ihrer Feierei ergänzend gestört werden können. Daß das in München nicht der Fall war, lag sicher nicht in der Tatsache einer Bündnisdemo, sondern eher darin, daß nichts anderes vorbereitet worden war. (Das wiederum soll kein Vorwurf sein, sondern damit stellen wir eher fest, daß die Vorbereitung von eigentlich jeder linken(sradikalen) Veranstaltung meist an wenigen Leuten hangenbleibt die irgendwann zeitlich und organisatorisch am Ende sind.)

Der Ort der nächsten 3. Oktober - Feierlichkeiten (1997) ist Stuttgart. Wir hoffen, daß dieses Papier von den Leuten gelesen wird, die sich die Vorbereitungen zum nächsten Jahr vorstellen können. Genauso hoffen wir, daß es unter den BerlinerInnen diskutiert werden wird, die sich auch 1997 entscheiden müssen, ob sie sich einer bundesweiten Demo in Stuttgart anschließen oder aber eine Berliner Demo organisieren.

Vielleicht bringt ja auch die eine oder der andere ihre seine Vorstellungen zum 3. Oktober zu Papier - mit anderen Vorschlägen, Positionen.

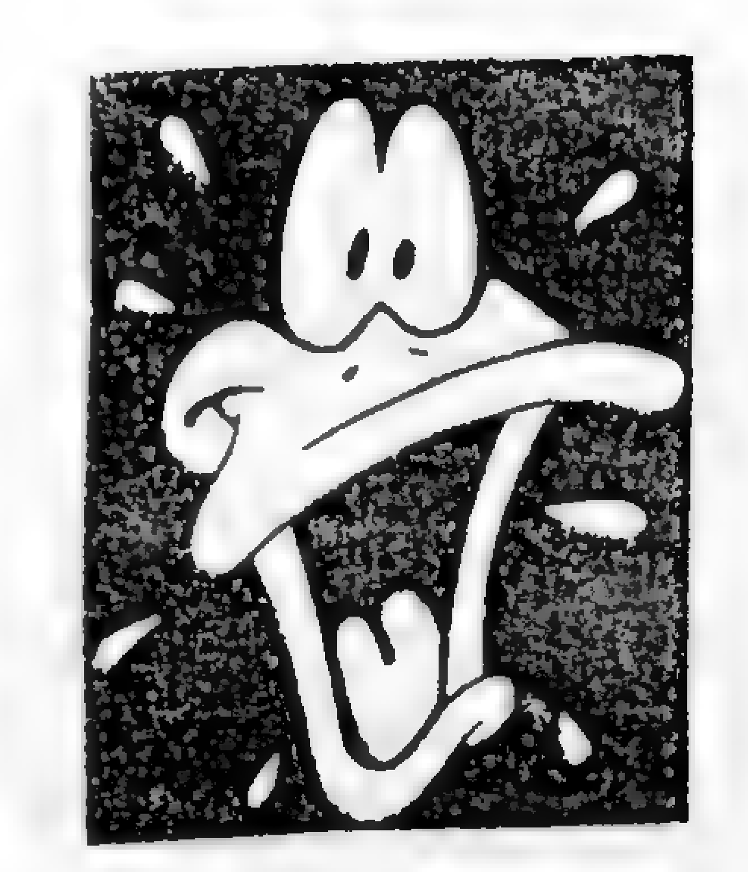
Eine Hamburger Antifagruppe

Was sie schon immer wissen wollten, aber sich nie zu fragen trauten: das offenbart ihnen dieser unverzichbare Film über das "how-to-do" und "who ist who" der "Dateninfobahn in Weltformat"

Drehbuch	Institut für strapazierte Datennetze ISDN
Schnitt	Knollenpetz
Maske	Hein Gencke (100% Baumwolle)
Musik	Break-Dance
Spezial Guests	FAG Telekom BKA LKA usw.
Regie	Please hold the line
Produktion	Virus Network
Verleih/Vertrieb	weltweit
Copyright	Jederzeit

Begleiten sie uns auf einem Spaziergang zu der Schnittstellen der Informationsgesellschaft

Preis DM 20,-- incl. Versand, nur Bargeld
Heidi Kabel
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt



Am Freitag, den 07.02.1997, 13.00 Uhr findet im Hamburger Amtsgericht, Sievekingplatz, Zimmer 292, der erste Prozeß statt mit dem Vorwurf gefährliche Korperverletzung und Widerstand. Der zweite Prozeß wegen Landfriedensbruch und Widerstand wird wahrscheinlich im Marz 1997 stattfinden, genauer Termin ist noch nicht bekannt

Am Mittwoch, den 22.01.1997 um 19.30 Uhr machen wir dazu eine Informationsveranstaltung in der Roten Flora (Voku)

Am 13.06.95 wurden von der BAW bundesweit 80 Wohnungen und Arbeitsstätten, davon 12 in Hamburg, wegen AIZ, radikal, K.O.M.I.T.E.E. und RAF durchsucht. In den Tagen davor und danach wurden massiv Menschen offen und sicherlich auch versteckt observiert. Der BAW ging es dabei nicht nur um eine großangelegte Durchleuchtung der linksradikalen Strukturen und der Zerschlagung der Struktur der "radikal", sondern auch um "zielgerichtete präventive Maßnahmen" zur Einschüchterung der Linken (Kanther, 13.06.95).

Die Situation in Hamburg:

Als Reaktion auf den Angriff der BAW hat am 16.06.95 in Hamburg eine Demo stattgefunden. An den Messehallen, wo zeitgleich der ev. Kirchentag stattfand, sammelten sich ca. 500 Menschen, aber schon nach einem kurzen Weg durch das Karoviertel wurde die Demo von einem aggressiven Großaufgebot der Bullen mit der Begründung der Vermummung diverser DemoteilnehmerInnen gestoppt. Weil klar war, daß es kaum durchsetzbar gewesen ware, die Demo wie geplant durchzuführen, wurde beschlossen zum Auftaktort zuruckzugehen und die Demo dort vorlaufig zu beenden. Auf einem anschließenden Plenum wurde verabredet, eine Spontan-Demo zur Davidswache, wo zeitgleich im Rahmen des Kirchentages eine Mahnwache gegen rassistische Polizeigewalt abgehalten wurde, durchzuführen, um auf die bundesweiten Razzien aufmerksam zu machen und gleichzeitig gegen die Verhinderung der Nachmittagsdemo zu protestieren. Kurz hinter der Flora wurde auch diese Demo von einem massiven Bullenaufgebot gestoppt. Durch das gesamte Schanzenviertel rückten Bulleneinheiten gegen die Flora vor. Nach kurzen Auseinandersetzungen versuchten die meisten Leute sich in den Park und in die Flora zurückzuziehen. Offensichtlich hatten die Bullen die Anweisung, mit allen Mitteln so viele Festnahmen wie möglich durchzuführen. Es kam zu uber 30 Festnahmen und mindestens vier Verletzten. ... ... Auch am 01.05.95 wollten die Bullen dem alljahrlichen Besetzen auf dem Lauegelände verbunden mit Barrikadenbauen und anderem Spaß auf der Straße nichts entgegensetzen. Erst zu spater Stunde und als fast alle schlafen gegangen waren, kamen die Bullen ins Viertel. Die Strategie anderte sich allerdings Anfang Juni, als das Gerücht einer Hausbesetzung durchsickerte und ständig ein Zug Bereitschaftsbullen im gesamten Schanzenviertel sich aufhielt. Die Hausbesetzung wurde im Vorwege verhindert, eine Demo mit 60 Leuten eingekesselt und das Vermummungsverbot durchgesetzt. Ab diesem Zeitpunkt (09.06.95) blieb es bei dieser Bullenprasenz. Die Strategie der Bullenführung hatte Erfolg gehabt. Die Schlagertrupps bekamen wieder freie Hand. Am Abend des 16.06.95 sturmten die rehabilitierten Bullen vom Einsatzzug Mitte in den Florapark und knuppelten alle in Reichweite zusammen. Das Einsammeln der Verhafteten und Verletzten uberließen sie dann den KollegInnen der anderen Einheiten. In den Wannen fielen dann Äußerungen wie: Das war viel zu kurz, wir konnten gar nicht richtig Rache nehmen für die Schlappen bei Bambule und Kampstraße etc. Stolz wurden Blutflecke an den Uniformen vorgezeigt und mit Eisenplättchen praparierte Schlagstocke rumgereicht. Unter dem Eindruck der Prügelszenen am Abend, die zu mindestens einem Schwerverletzten führten, erstatteten zwei Burgerschaftsabgeordnete der GAL Strafanzeige gegen die Bullen. Auch einer der schwer Verletzten erstattete spater Anzeige. Seitdem lauft das juristische Nachspiel. Wir werden zu einem spateren Zeitpunkt noch mal mehr sagen zu Sinn und Unsinn von Anzeigen unsererseits gegen die Bullen. Zur Zeit laufen zwei Verfahren gegen Menschen von uns wegen Landfriedensbruch, Korperverletzung und Widerstand (ein Strafbefehl ist bezahlt worden und es gab ein Freispruch). Außerdem laufen noch vier Verfahren gegen Bullen wegen Korperverletzung



bundesweite antifaschistische

Demonstration

22.02.97, Stadthalle Aschaffenburg, 15 Uhr



Was geht ab 1997 ?

Am 22.Februar 1997 versucht die NPD/JN ihre Propagandamärsche mit einer weiteren Demonstation in Aschaffenburg fortzuführen. Diesem Treiben werden wir nicht tatenlos zusehen. An diesem Samstag rufen wir zu einer bundesweiten Demonstation nach Aschaffenburg auf.

Da der Faschoaufmarsch in der Stadt auf große Ablehnung stößt, wird es auch Protest aus relativ breiten Teilen der Bevölkerung (Grüne, SPD, DGB,Vereine usw.) geben. Konkret sieht das so aus, daß es ca. 10 Kundgebungsorte in Aschaffenburg gibt, die sich dann zu Demonstationen formieren um sich mit uns auf einem gemeinsamen Abschlußkundgebungsplatz zu treffen.

Beginn ist 15 Uhr und Ende der Abschlußkundgebung ist ca. 18.30 Uhr. Die Nazis werden sich erfahrungsgemäß so ca. um 17.30 - 18 Uhr treffen.

Am gleichen Abend gibt es zentral in der Innenstadt ein Konzert im Colos-Saal. Geschätzter Beginn ist ca. 20 Uhr.

Die NPD „Hans Münstermann Gedenkmärsche“ oder: „Tod eines Aschaffenburger Rassisten “

Am Rosenmontag 1993, den 22.Februar, wurde im Verlauf einer Schlägerei in der Aschaffenburger Innenstadt der 20-jährige Hans Münstermann durch Messerstiche getötet. Da der Täter als „Südosteuropäer“ beschrieben wurde, durchsuchten Polizei und Bundesgrenzschutz teilweise zweimal alle Flüchtlingsunterkünfte in Aschaffenburg und nahmen ca 20 „Tatverdächtige“ fest. Während Lokalpresse, Radio und Fernsehen von Mord sprachen, mußte das Gericht den Täter, einen Asylantragsteller aus Albanien, wegen erwiesener Notwehr freisprechen.

Nach Rekonstruktion der Geschehnisse ergab sich folgendes Bild der „Massenschlägerei zwischen Deutschen und Ausländern“:

Ca. 20 - 25 deutsche Jugendliche, darunter der als rassistische Schläger bekannte Kick-Boxer Hans Münstermann und sein Freund Robert Iliazovic, bis zum Verbot Kreisvorsitzender der FAP Aschaffenburg, schlugen mit Holzlatten und Pflastersteinen auf fünf albanische Flüchtlinge ein. Nachdem einer der Flüchtlinge schwer verletzt wurde (Nasenbein- und anderen Brüche), stieß er mit einem Messer, das einem der Faschos gehörte, nach Münstermann und traf ihn tödlich.

Am 27.02.93 versammelten sich rund 800 Menschen aus Aschaffenburg und Umgebung zu einer „Lichterkette gegen Deutschfeindlichkeit“ mit anschließendem Trauermarsch und Fackelzug.

Aufgerufen hatten die „Eltern und Freunde von Hans“, die sich verbal gegen „rechtsradikale Tendenzen“ abgrenzten, sowie der „Deutsche Freundeskreis“(DF), bestehend insbesondere aus Mitgliedern von FAP, Wiking Jugend und NPD/JN. Gemeinsam marschierten etwa 400 „normale“ RassistInnen wie der CSU-Promi Manfred Christ und ungefähr gleichviele Nazis und Hools wie Alex Schunk und Falco Schüssler gemeinsam durch die Innenstadt.

Am nächsten Jahrestag mobilisierte die NPD/JN lediglich 30 ihrer Anhänger.

1995 gewann der Aufmarsch bundesweit in der rechten Szene an Bedeutung und sie mobilisierten ca 120 Nazis nach Aschaffenburg.

1996 erreichte die NPD/JN mit einer bundesweiten Mobilisierung ihren vorläufigen Höhepunkt. Es kamen ca. 350 FaschistInnen die unter massiven Polizeischutz durch die Stadt eskortiert wurden. Aber auch der Gegenprotest wurde in diesem Jahr erheblich stärker. An der antifaschistischen Gegenkundgebung beteiligten sich ca. 450 Menschen hauptsächlich aus der Region. Danach wurde versucht die Nazi-Demo zu behindern, wobei 15 Leute nach Auseinandersetzungen mit den FaschistenInnen festgenommen wurden.

Autonome Antifaschistische Gruppen



Solidarität mit den revolutionären Gefangenen in Peru!
Erkämpfen wir ihre Freiheit international!

Die Besetzung der japanischen Botschaft durch ein Kommando der MRTA hat die Situation der politischen Gefangenen in diesem Land weltweit bekannt gemacht. Seitdem gab es weltweit verschiedene Aktionen der Solidarität, denen wir uns hiermit anschließen wollen.

Solidaritätskundgebung vor dem peruanischen Generalkonsulat, Schadowstraße 6, (U-S-Bahnhof Friedrichstraße) Donnerstag 16.01.97, 16.30 Uhr. Vorbereitungstreffen: Dienstag, den 14.01.97, 19.30 Uhr, Kantine des Tommy Weißbecker, Wilhelmstr. 9, U-Bahnhof Hallesches Ufer)

Kontakt: Venceremos, c/o M99, Manteuffelstr. 96, 10997 Berlin

Köpi
Köpenicker Str. 137
EA - Soli - Ska - Konzert
17.1.

Eisenbahner
Pfarrstr. 88, S-Bahn Nöldner Platz
Kneipe je ab 21.°°
Di.: Death-Metal, Mi.: Tanznacht, Do.: Punk, Fr.: Latino/Salsa
Sa. 18.1. Konzert: Onk Onk, Halb 9, Die Unschuld, Scattergum

Kneipenkollektiv
U
22:°°
Sa 18.1
EX - Disco

SIEMENS ABSCHALTEN !
Sofortige Stillegung aller Atomanlagen weltweit !
Sofortige Stillegung des HERRschenden Systems !

Linke Anti-AKW-Demo anläßlich des 150jährigen SIEMENS-Jubiläums

Vollversammlung am 18.1.1997
um 19 Uhr im Mehringhof, Gneisenaustr.2a , Berlin

Dort wollen wir Euch über den Stand der Vorbereitung informieren, Euch etwas über die Motivation zu dieser Demo erzählen und mit Euch über alles Weitere diskutieren und planen. Kommt zahlreich ! Plakate und Aufrufe sind zu bestellen ! Mobilisiert und informiert in Euren Städten und Regionen !

Demovorbereitungsgruppe - c/o Infoladen „Nachladen" - Waldemarstr.36 - 10999 Berlin - Tel.: 030/6157329 - Fax : 030/6153860

LESBENFRAUEN VERANSTALTUNG (2.Teil)
GEGEN REPRESSION + KRIMINALISIERUNG
am Beispiel 'RADIKAL'-Verfahren
Schweigen durchbrechen
Fragen stellen
Diskutieren
FRAUEN WIDERSTAND
Sonntag 19. Jan 97
16.00 Uhr
(bis ca. 21.00 mit Pause)
YORCKstr. 59 / Katzbachstr.
1. HH 2. Stock, Fahrstuhl (Kein Selbstbedienen)

Peru

1. „Im Käfig der Freiheit"
Video, BRD 1985, 45 min, von Gordian Troller
Am Beispiel Peru wird untersucht wie die lateinamerikanischen Frauen mit der rapiden Modernisierung des Lebens fertig werden: die Mittelklasse mit der Liberalisierung der Sitten, die armen Frauen mit der fortschreitenden Verarmung

2. Bei den Indios in Peru
16mm Film, BRD 1992, 15 min
Ein Bergdorf scheint abseits jeder Zivilisation zu liegen. Die Indios bestellen die Felder an den steilen Hängen mit der Hacke. Die Belastung der Frauen ist groß. Tiefe Religiosität und die Erkenntnis, von der Natur abhängig zu sein, spiegeln sich in einem Aufstieg zu den Gipfeln - dem Sitz der Götter - wieder

3. Gloriabamba
- ein Indianerdorf, eine Urwaldstraße und der sogenannte Fortschritt
Video, BRD 1988, 44 min.
In die Idylle des peruanischen Urwalddorfes Gloriabamba „bricht der Fortschritt ein". Hier lebten Ashanika-Indianer, bis die Regierung in Lima beschloß, eine Autostraße an ihrem Dorf vorbeizuführen. In unvergeßlichen Bildern schildert der Film den Alltag der Urwaldindianer vor und nach dem Straßenbau. Eine behutsame Dokumentation über die Dorfbewohner, ihr alltägliches Leben und Denken - und dessen langsame Veränderung

Mi. 22.01. um 20.00 Uhr

Himmel über Lima

Video, Peru/Spanien 1994, 119 min. Regie: Francisco José Lombardi

Drei lose miteinander verbundene Geschichten aus der Millionenstadt Lima jenseits der Schmerzgrenze und gegenwärtigen Reichtums: ein Radio-Lebensberater rettet eine junge Frau vor dem Selbstmord; der Besitz eines Scheins verspricht einer Familie materielle Hoffnung; ein ehemals reiches Ehepaar sucht die standesgemäße letzte Ruhestätte. Mit bitterem Humor erzählte Geschichten vom Scheitern persönlicher Träume an den eigenen allzu menschlichen Unzulänglichkeiten und dem Mangel an unterstützenden sozialen Bindungen. In seinem Hang zur metaphorischen Übersetzung erinnert der Film an die lateinamerikanische Tradition des fantastischen Realismus

Mi. 29.01. um 20.00 Uhr

damit nicht alles so bleibt wie es ist

offen Di - Sa 17.00 - 24.00 Uhr
So 15.00 - 22.00 Uhr
EL LOCCO
Kreuzbergstr. 43
10965 Berlin
U - S-Bahn Yorckstr. - Bus 140 - 119



Jeden Donnerstag VOLXKÜCHE in der LUNTE
ab 19.30 Uhr mit Filmen im Januar:

9.1. BRAZIL
16.1. LAND & FREEDOM
23.1. MENACE II SOCIETY
30.1. GESPENST DER FREIHEIT

Die Lunte hat noch Zeit und Raum für Gruppen am Freitag, Samstag und Sonntag. Nähere Auskünfte darüber und alles andere auf dem Lunte-Plenum jeden ersten Montag im Monat. Kann eineR vielleicht einen RANK-XEROX 1040-Kopierer reparieren? Unsrer tut's nicht mehr. Wenn ja, dann melde dich doch bitte bei der Infogruppe montags oder donnerstags ab 19.00 Uhr.

Info- und Stadtteilladen Lunte Weisestr. 53
12049 Berlin Tel. 622 32 34 U8 Boddinstraße

"Seien wir realistisch - versuchen wir das Unmögliche!"
(Che Guevara)

Roger,
seit 15 Jahren im Berliner EA, ist
am 3.1.1997 gestorben

- ein streitbarer Geist hat losgelassen -

wir verabschieden uns
Der Berliner Ermittlungsausschuß

